Freitag, 29. Juni 1923. Einzelnummer 500 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 144.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M, „ Reklameteil 1000.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Rausch der Vergangenheit.

Unter der Überschrift „Der Ballast der Reminiszenzen“ behandelt der „Dziennik Poznański“ den Gegensatz der beiden politischen Richtungen unter den Polen während des Krieges. Während die Aktivisten mit den Zentralmächten arbeiteten und, wie sich der „Dziennik“ ausdrückt, „in geknebelten Ämtern und mit ziemlich illusorischen Selbstverwaltungskörpern“ Stellungen einnahmen, die, wie das Blatt aber doch zugestehen muß, „die Anfänge gar mancher von den späteren rechtmäßigen Institutionen im geeinten und unabhängigen Polen waren“, standen die Passivisten in engem Zusammenhang mit der Entente und bildeten das „Nationalkomitee“ in Paris. Aber auch in Warschau, im Staatsrat und im Regentschaftsrat, saßen zum Teil Passivisten. In der Hand der Aktivisten war das Heer, das nach der Entwaffnung der Okkupanten zu dem maßgebenden Faktor im Staate wurde. Piłsudski, trotz seiner Unstimmigkeiten mit Österreichern und Deutschen, trotz seiner Haft in Magdeburg, der hervorragendste Vertreter des Aktivismus, übernahm die höchste Gewalt im Lande, er war der Schöpfer der ersten Regierung und legte den Grundstein unter den fünfjährigen Verlauf der Staatspolitik in Polen. Obgleich in beiden Lagern, bei den Aktivisten sowohl wie bei den Passivisten, ganz verschiedene politische Elemente vereinigt waren, standen sie sich doch weiterhin feindlich gegenüber, besonders da jene die Regierung übernommen hatten, diese die Opposition bildeten. Nach der Meinung des „Dz.“ ist es jetzt an der Zeit, diesen alten Zwist zu begraben. Er schließt den Aufsatz mit folgenden Mahnungen an die Parteien:

„Die Kraft der Reminiszenzen war so groß, daß sie wider Willen oft die Fähigkeit der realen Behandlung der Dinge sowie die reale und objektive Einschätzung der Menschen beeinträchtigte. Im Kampfe der Reminiszenzen, in der Berufung auf die Fehler und Irrtümer der Gegner war das offenbare Übergewicht auf seiten derjenigen, die es während des Krieges mit der Entente hielten. Das gab ihnen eine erfolgreiche Waffe in der Agitation und in der Oppositionstaktik. Aber das Kampfmittel wurde allzu oft zum Ziel; die Erinnerung, die Vergangenheit färbten zu stark das Gefühl für die zeitgenössische Wirklichkeit, ihre Bedürfnisse und Forderungen. Das Vorwerfen alter Sünden drängte sich ungestüm in den Rahmen der politischen Programme ein, was der hinreichenden Entfaltung der positiven, schöpferischen, aktuellen Faktoren nicht günstig war. Wo ein zu schwerer Ballast, sei es auch fremder Vergangenheit, da leiden Gegenwart und Zukunft, besonders in dem Augenblick, wo die Partei, die lange Zeit in Opposition stand, zur Herrschaft gelangt und zur Verantwortlichkeit für das, was sie selbst zu vollführen hat. Deshalb auch lenkten wir die Aufmerksamkeit auf die notwendige Einschränkung der Rolle, die die Reminiszenzen spielen. In der Presse der erwähnten Gruppe der parlamentarischen Mehrheit (gemeint ist die Richtung des ehemaligen Pariser „Nationalkomitees“, die Richtung Dmowski-Seyda. Die Schriftltg.) herrscht noch oft der Ton der nunmehr beendeten Oppositionsepoche, die Wiedererinnerung an den erzielten Erfolg und die Formulierung seiner geschichtlichen Wichtigkeit vor, daß es einen Schaden bedeutet für die brennenden Fragen des gegenwärtigen Augenblicks, die die neue Regierung besser lösen muß, als die vorhergehenden Regierungen.“

Der Hinweis auf die Notwendigkeit, den Einfluß der Reminiszenzen einzuschränken und die Politik von diesem schädlichen Ballast zu befreien, geschieht zur rechten Zeit. Wenn dieser Hinweis nur auch an die richtige Stelle gerichtet würde! Eine Reminiszenzenpolitik bedeutet es, wenn die Lenker der Politik Polens sich bei Beurteilung dessen, was jetzt geschieht, sich von der Erinnerung leiten lassen an das, was vor fünf Jahren geschah, statt daß sie sich ganz und gar in den Dienst der Gegenwart stellen und und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden suchen. Im nüchternen Licht des Tages sieht manches anders aus als in der bengalischen Beleuchtung eines Erinnerungsfestes.

Die Gegenwart fordert ihr Recht, der Alltag die Arbeit... Erinnerungsaustausch und Reminiszenzenballast müssen abgeschüttelt werden. Jetzt handelt es sich nicht mehr um Aktivisten und Passivisten, nicht um Piłsudski und Dmowski, sondern um die Frage der wirtschaftlichen Heilung Polens. Die Ereignisse der letzten Zeit haben mit sonnenklarer Deutlichkeit gezeigt, daß eine wirtschaftliche Gesundung Polens nicht denkbar ist, solange das Herz Mitteleuropas, Deutschland, krank ist. Will Polen um romantischer Träume und um neuer Reminiszenzenpolitik willen seine eigene Genesung verhindern?

Polen und die Tschechoslowakei.

Weitere tschechische Pressestimmen zu der letzten Rede des polnischen Außenministers.

Nach dem „Ceske Slowo“, dem Leibblatt des Herrn Benesch, lassen sich jetzt auch die „Narodni Listy“ (Organ des Dr. Kramarsch) in der von Herrn Marjan Seyda berührten Frage der polnischen Minderheit im teschen-schlesischen Gebiet vernehmen. Das tschechische Blatt meint: in Tschechien sei man von den Illusionen hinsichtlich der Beziehungen zu Polen geheilt, und Polen erhielt jetzt die Antwort, die es verdiene.

Eine politische Rede des Dr. Kramarsch.

Der Warschauer „Przegląd Wieczorny“ meldet aus Koschütz: „Dr. Kramarsch hielt hier eine politische Rede, in der er sich mit der Jauerfrage und mit den Beziehungen zu Polen beschäftigte. Er erklärte: Die Polen hätten viel mehr bekommen, als sie jemals zu bekommen hofften. Jetzt wollen sie auch uns ein Stück unseres Landes nehmen. Wir sollen zu ihren Gunsten auf das Jauergebiet verzichten. Sie denken keinen Augenblick daran, daß sie für ihre Verbrechen Deutschland und Rußland gegenüber werden Rechenschaft ablegen müssen. Und so kann man es verstehen, daß sie um den Preis des Jauergebietes ihre Freundschaft anbieten. Sie vergessen, daß ihre Freundschaft uns nicht den geringsten Nutzen bringen würde.

Annahme des Amnestiegesetzes in zweiter Lesung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

In der Mittwochsitzung des Sejm wurde die Besprechung des Amnestiegesetzes fortgesetzt, und zwar zunächst mit einer merkwürdigen Rede des Nationaldemokraten Prószyński, der selbstverständlich das ganze Gesetz für überflüssig hielt. Smulikowski von den Sozialisten will, daß man auch Gefängnisstrafen und Geldbußen für Disziplinarvergehen der Beamten unter die Amnestie stelle und Verweise bestehen lasse. Heute sei es bei einigen Beamtengattungen, zum Beispiel Schulbeamten und Eisenbahnern, die noch nicht fünf Jahre im Dienst sind, möglich, sie ohne weiteres zu entlassen. Lutosławski will, daß die Amnestie für politische Verbrecher nur stufenweise, je nach der Art des Verbrechens und seiner Strafe erfolge, denn das Volk werde es nie verstehen, wenn große und kleine Verbrecher gleichmäßig begnadigt würden.

Nach einem längeren Schlußwort des Berichterstatters Bitner wird zur Abstimmung über die einzelnen Artikel geschritten.

Zu Artikel 1 des Gesetzes wird der Vorschlag Liebermann angenommen. Er ist von größter Bedeutung, denn er verlängert den ursprünglich auf den 15. März festgesetzten Termin für die Straftaten, die noch die Wohltat der Amnestie erfahren, auf den 3. Mai, den Tag der Stiftung der polnischen Verfassung.

Zu Artikel 3 wird der Vorschlag angenommen, daß solche Personen, die Polen während der Okkupation zum Schaden Polens bei den Okkupationsbehörden denunziert haben, nicht der Amnestie teilhaftig werden.

Zu Artikel 9 wird eine neue Bestimmung gefügt, wonach in solchen Fällen, in denen es zweifelhaft ist, ob Amnestie eintritt oder nicht, das betreffende Bezirksgericht in nichtöffentlicher Sitzung darüber zu beschließen hat.

Das Gesetz wurde schließlich in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet bereits morgen, am Donnerstag, statt, so daß das Gesetz wohl schon am 4. Juli dem Senat zur Beratung vorliegen wird.

Die Sozialistin Frau Preuß berichtet über das Gesetz für soziale Fürsorge. In den ehemaligen russischen Gebieten bestehen überhaupt keine derartigen Gesetze. In den ehemals preußischen bestehen sie, in den ehemals österreichischen herrscht das größte Durcheinander. In einzelnen Bezirken gibt es sonderbare Servitute, so bei Warschau, wo Hütten Kranke aufnehmen müssen, womit nur die Ansteckung gefördert wird. Die Berichterstatterin fordert daher möglichst rasche Einführung der Gesetze. Der Entwurf soll an den Ausschuß verwiesen werden, jedoch ein Mitglied der Piasten und eins der Rechten erklären sich gegen das Gesetz; der erstere weil es die Dorfgemeinden belaste, der letztere weil es allen zur Last falle. Olszański von den Christlichdemokraten dagegen sagt, daß das Gesetz die vorhandenen Schwierigkeiten auf alle verteile und daher sie ausgleiche. Die weitere Beratung wird auf morgen vertagt.

Der Staatshaushaltsausschuß

beschloß, auch während der Ferien Sitzungen abzuhalten.

Das Mieterschutzgesetz.

Im Rechtsausschuß des Sejm wurde die Debatte über das Mieterschutzgesetz fortgesetzt.

Die Verhandlungen gingen um das Recht der Hausbesitzer, den Mieter zu exmittieren. Eigentlich sollte das Gesetz Einschränkungen dieses Rechts schaffen, es hat aber in Wirklichkeit das Recht der Exmission noch erweitert. Bisher gestattete das Gesetz die Exmission nur, wenn ein wichtiger Grund vorlag. Nach den Vorschlägen der Regierung, die von der Rechten und den Piasten gestützt werden, soll es unter anderem genügen, wenn der Mieter sich der Hausordnung nicht fügt, durch sein auffallendes Verhalten Ärgernis erregt usw. Die Gruppen der Linken widersetzen sich dieser Erweiterung der Exmissionsrechte. Für die Festsetzung der Höhe der zulässigen Miete wurde, bei der Kompliziertheit des Gegenstandes, ein Unterausschuß eingesetzt, der eine Enquete veranstalten soll. Es spielen bei dieser Festsetzung eine Menge von Umständen mit, so die kommende Einführung des Złoty, die Höhe der Beamten- und Arbeiterbezüge und die Frage, ob diese die Mietserhöhungen tragen können usw.

Arbeitsschutzfragen.

Der Sejmausschuß für Arbeitsschutzfragen nahm in zweiter Lesung die Artikel 9 bis 13 des Gesetzentwurfs betreffs der Ausdehnung des Gesetzes über die Unfallversicherung, das im ehemals österreichischen Teilgebiet gilt, auf das frühere Kongreßpolen an. Unter anderem wurde eine Verbesserung angenommen, nach der auch Landarbeiter der Versicherung unterliegen. Im Sinne des Referats des Abg. Hellman von der Wyzwolenie-Gruppe wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, im Laufe eines Monats dem Sejm einen Gesetzentwurf über den Arbeitsvertrag der Privatbeamten und der Handelsgehilfen vorzulegen. Dieser Antrag wurde mit der vom Regierungsvertreter eingebrachten Verbesserung angenommen.

Das Steuerrecht der Städte.

Im Finanzausschuß des Sejm vertrat Michalski als Referent einen Regierungsantrag, der den Städten das Recht geben soll, eine Anzahl von Besteuerungen vorzunehmen, um die Gelder zur Vornahme der dringendsten Bauten zu finden. Eine sehr interessante und eingehende Diskussion rief der Antrag der Regierung hervor, den Städten zu erlauben, Steuern für die in die Städte ein- und von ihnen ausgehenden Güter zu erheben, mit anderen Worten also, eine Art von Einfuhr- und Ausfuhrzoll für die Städte zu schaffen. Etwa acht Redner stellten Zusatzanträge. Schließlich wurde der Vorschlag mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt, nachdem der als Finanzsachverständiger bekannte Sozialist Diamand nachgewiesen hatte, daß es unmöglich sei, den Städten derartige weitgehende Rechte zu verleihen.

Ueber den Numerus Clausus

beriet wieder der Unterrichtsausschuß des Sejm. Abg. Thon vom jüdischen Klub forderte eine dritte Lesung des Gesetzvorschlages. Pater Lutosławski von der Rechten widersprach dem. Es würden doch wohl in dritter Lesung Abänderungen kaum vorgenommen werden. Daher sei eine dritte Lesung überflüssig. Mit 14 gegen 13 Stimmen wurde daher der Antrag Thon abgelehnt. Die Juden legten sofort Beschwerde beim Sejmmarschall Rataj dagegen ein, daß man sie mundtot machen wolle, was Pater Lutosławski zu der Bemerkung veranlaßte, daß die Juden lange genug den Mund offen gehabt hätten. Der Sejmmarschall, der bekanntlich selbst Gegner des Numerus clausus ist, erklärte sich für unzuständig.

Die Beschwerde wurde demnach an den Verwaltungs- und Rechtsausschuß des Sejm überwiesen, der innerhalb acht Tagen sein Urteil abgeben soll. Der Sejm wird aber bereits am Donnerstag, 28. d. Mts., seine letzte Sitzung abhalten. Es finden dann nur noch Ausschußsitzungen statt. Dann soll der Sejm am 23. Juli zu einer einwöchigen Sitzung zusammentreten, in der die in den Ausschüssen gefaßten Beschlüsse über das Militärgesetz, das Mieterschutzgesetz usw. behandelt werden sollen. Ob in dieser kurzen Woche noch die Zeit sich finden wird, um das Gesetz über den Numerus clausus zu beraten, ist recht zweifelhaft, so daß man wohl damit rechnen kann, daß vor September, Oktober die Angelegenheit nicht zur Beratung kommen wird. Es ist zu hoffen, daß man sich inzwischen eines anderen besinnen und eine Ungerechtigkeit nicht zum Gesetz erheben wird.

Im Unterrichtsausschuß des Sejm

kam der Antrag des Abgeordneten Pietsch betreffend die Befreiung der Literatur und der Lehrmittel für Blinde vom Zoll zur Verhandlung. Der Referent, Abg. Daczko, führte folgendes aus:

Die Fürsorge, Erziehung und Ausbildung der Blinden in Polen befindet sich noch in den Anfangsstadien. Blindenanstalten bestehen in Warschau, Lemberg, Bromberg und Wajherowo (Neustadt, Westpr.) In Warschau beabsichtigt man noch eine zweite Blindenanstalt zu eröffnen. Es ist zu erwarten, daß sich diese Anstalten günstig entwickeln werden, da der Staat sie außerordentlich gut subventioniert. Es fehlen in Polen Werkstätten und Fabriken, die für die Ausbildung der Blinden erforderlichen Lehrmittel und andere Gegenstände anfertigen. Mit Rücksicht auf die geringe Zahl von Blindenanstalten würde die Anfertigung dieser Gegenstände in Polen nicht lohnend sein. Wie der Direktor der Blindenanstalt in Warschau berichtet, sind die polnischen Blindenanstalten bei der Einfuhr dieser Gegenstände auf das Ausland angewiesen, namentlich auf Deutschland, England, Frankreich und Österreich. Es werden eingeführt: spezielles Papier für Blinde, Schreibmaschinen für erhabene Schrift, durchlöcherte Tafeln, Lettern und Druckereien, Einrichtungen für Korbflechtwerkstätten und Bürstereien, andere Lehrmittel wie Karten mit erhabener Schrift, Globusse und andere Gegenstände. Bei der Einführung dieser notwendigen Gegenstände erheben die Zollbehörden die vorgeschriebenen Zölle. Die Vorsteher der Blindenanstalten beantragen nachträglich die Befreiung von Zoll und in allen bekanntgewordenen Fällen sind diese Gesuche genehmigt worden. Auf diese Weise entsteht unnötiges Schreibwerk, und die Zollbehörden werden unnötigerweise mit Gesuchen belästigt. Alle Weststaaten haben für die Lehrmittel, Bücher, Papier usw., die für Blindenanstalten gebraucht werden, Zollbefreiung eingeführt. Es ergibt sich daraus, daß auch unser Staat solche Erleichterungen einführt.

Daher wird um Annahme des Antrages Piesch gebeten und um Einbringung der nachstehenden Resolution zur Beschlußfassung durch den Sejm ersucht:

„Der Sejm fordert die Regierung zum Erlaß einer Verordnung auf, nach welcher die Zollbefreiung von eingeführten Büchern für Blinde, ebenso anderer Lehrmittel wie Blindenschreibpapier, Blindenschreibmaschinen, Einrichtungsgegenstände für Werkstätten zu Korbflechtereien und Bürstenfabriken, Karten mit erhabener Schrift, Globusse u. a. angeordnet wird.“

Dieser Antrag wurde trotz Einspruchs eines Regierungsvertreters einstimmig angenommen.

Teilschließung der Ostgrenze.

Im Verwaltungsausschuß des Sejm wurde beschlossen, die Ostgrenze für Durchwanderer zu schließen, was hauptsächlich die zahlreichen Juden, aber auch die Russen und Ukrainer trifft, die der Sowjethölle entflohen sind und über Polen den Weg nach Amerika suchen.

Polen und Rumänien.

Das rumänische Königspaar

traf am Mittwochvormittag in Krakau ein. Es widmete mehrere Stunden der Besichtigung der Stadt und begab sich dann nach dem Salzbergwerk Wieliczka.

Die innere Lage Rumäniens.

Der rumänische Außenminister kam in einer Presseunterredung, die den polnisch-rumänischen Beziehungen gewidmet war, auch auf die innere Lage Rumäniens zu sprechen. Als früherer Landwirtschaftsminister unterrichtete er in umfassender Weise über die in Rumänien durchgeführte Agrarreform. Der Reform sind alle Güter über 500 Hektar anheimgefallen. Die großen Latifundien sind verschwunden und eine gesunde Klasse mittlerer Landbesitzer ist geblieben. Die Reform wurde in allen Teilen des Königreichs einheitlich durchgeführt.

Was die rumänische Industrie betrifft, so steht Rumänien vor der Frage der Zulassung ausländischer Kapitalien, die eine angemessene Entwicklung der rumänischen Industrie ermöglichen sollen. Diese Frage ist Gegenstand von Beratungen der Regierung.

Der Haager internationale Schiedsgerichtshof

beriet am Montag über die Angelegenheit des englischen Dampfers „Wimbledon“, der, einer französischen Gesellschaft gehörige, für Polen bestimmte Sendung von 4000 Tonnen Munition an Bord gehabt hatte und dem am 21. März 1921 die Durchfahrt durch den Kieler Kanal verweigert worden war. Frankreich, England, Italien und Japan haben eine Schadensersatzforderung in Höhe von 147 082 Francs eingereicht mit der Begründung, daß Deutschlands Haltung dem Versailler Vertrag widerspreche. Polen hat auf Grund des Artikels 62 des Statuts des Gerichtshofes beantragt, sich den klagenden Mächten anschließen zu dürfen, da es an der Angelegenheit als Empfänger interessiert sei. Im Verlauf der Verhandlung berief sich der polnische Vertreter auf den Artikel 63, auf Grund dessen Polen als Mitunterzeichner des Versailler Vertrages berechtigt sei, Klage zu erheben. Hierauf wurde die Verhandlung vertagt.

Republik Polen.

Pilsudski legt den Vorsitz im Kriegsrat nieder.

Gerüchten zufolge soll heute, am Donnerstag, Marschall Pilsudski als Vorsitzender des Kriegsrates zurücktreten.

Die Organisation der Militärobrigkeit.

Die Regierung wird einen Gesetzentwurf über die Organisation der höheren Militärobrigkeit einbringen. Der Generalfeldmarschall der polnischen Streitkräfte soll nach dem Entwurf der Staatspräsident sein. Der Minister leitet in Friedenszeiten die militärischen Geschäfte. Ihm unterstehen der Generalstabschef, der Verwaltungschef und die Generalinspekteure. Der Minister ist eo ipso Vorsitzender des Hauptkriegsrates.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Am 1. Juli soll, wie bereits mitgeteilt wurde, auf den polnischen Staatseisenbahnen der Personen- und Gütertarif dahin erhöht werden, daß die Zahlungseinheit in der 4. Klasse bis zu 200 Klm. Entfernung 100 M., bis zu 300 Klm. Entfernung 80 M. und über 300 Klm. Entfernung 60 M. und in der 3. Klasse 150, 120 und 90 M. betragen wird, was eine 60—70prozentige Erhöhung der gegenwärtigen Preise bedeutet. Der Preis für Bahnsteigkarten wird 2000 M., die Gebühr für numerierte Plätze in der 3. Klasse 5000 M., 2. Klasse 10 000 M. und 1. Klasse 15 000 M. (25prozentige Erhöhung), die Zahlungseinheit für Gepäck 20, 16 und 12 M. und für Druckschriften 12, 10 und 8 M. betragen. Die Erhöhung des Gütertarifs für Extrasendungen bewegt sich zwischen 50 und 60 v. H., während bei Druckschriften die Erhöhung annähernd 25 v. H. beträgt.

Steuerzahlung mit Zlotyschatzbons.

Das Finanzministerium hat die Behörden und Ämter angewiesen, 6prozentige Zlotyschatzbons vor ihrer Fälligkeit bei der Zahlung folgender direkter Steuern anzunehmen: 1. Einkommensteuer, 2. Industriesteuer, 3. Grundsteuer, 4. Bereicherungssteuer und 5. einmalige Vermögensabgabe (Danina).

Provinzial-Devisenausschüsse

sollen nach einer Meldung des „Przegląd Wieczorny" demnächst ins Leben treten.

Der Vorrat der Landesdarlehenskasse an fremden Valuten

nimmt stetig zu. Zwischen dem 10. und dem 20. Juni stieg er um 1 Million Dollar, in der Zeit vom 10. bis zum 26. Juni um weitere 1 350 000 Dollar.

Eine Bombe in Tschenstochau.

Am Dienstag wurde in Tschenstochau vor das Gebäude, in dem sich die Diensträume des Bezirkskommandos befinden, eine Bombe gelegt. Eine Explosion fand nicht statt, da der Zünder infolge Minderwertigkeit des Materials versagte. Die Füllung der Bombe war anderer Art als die Füllung der Warschauer Bomben. Die von der Militärverwaltung benachrichtigte Polizei verhaftete mehrere verdächtige Personen.

Der „Deutschtumsbund" gegen den „Dziennik Poznański".

Am Montag mittag fand vor dem Bromberger Bezirksgericht als Berufungsinstanz eine Verhandlung in dem Beleidigungsprozeß des Deutschtumsbundes gegen den „Dziennik Poznański" statt. Bei der ersten Verhandlung vor dem Bromberger Schöffengericht hatte der beklagte verantwortliche Redakteur Nagórski durch seinen Verteidiger die Aktiv-Legitimation des Privatklägers bestritten, da der Deutschtumsbund kein eingetragener Verein sei. Daraufhin hatte das Gericht das Verfahren eingestellt. Die Berufungsinstanz hat nunmehr den deutschen Sejmabgeordneten Graebe und Naumann, die den Klageantrag unterschrieben hatten, als physische Personen das Recht zuerkannt, die Beleidigungsklage gegen den „Dziennik Poznański" durchzuführen. Die beklagte Partei stellte den Antrag, daß Herr Graebe in Bromberg, Herr Naumann dagegen in Schubin die Klage vertreten müsse. Da Bromberg als Ausgabestelle des „Dziennik Poznański" anzusehen sei, mußte das Gericht zu der Entscheidung kommen, daß die Klage vor dem Schöffengericht in Bromberg zu verhandeln sei. Wir haben jetzt also ein Neuaufleben dieses für die deutsche Minderheit in Polen beachtenswerten Prozesses zu erwarten, dem bei seiner ersten Verhandlung der „Dziennik Poznański" unter Berufung auf formale Gründe aus dem Wege zu gehen hoffte.

Wann sind in deutscher Zeit Vereine aufgelöst worden?

Die Landesvereinigung des Deutschtumsbundes teilt der Schriftleitung des „Pos. Tagebl." ein juristisches Gutachten über Auflösung von Vereinen mit. Darin heißt es: „Eine Durchsicht der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts seit dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes von 1908 hat zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß solche Auflösungen mit einziger Ausnahme eines sozialdemokratischen Jugendvereins nie vorgekommen zu sein scheinen. Auch die Literatur und die neuen Kommentare des Vereinsgesetzes wissen zur Frage der Auflösung nähere Ausführungen nicht zu machen. Bei den Beratungen des Vereinsgesetzes ist zum Ausdruck gekommen, daß eine einzelne Handlung, die gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstößt, noch kein Grund zur Auflösung des Vereins ist. Erforderlich ist stets, daß der Zweck, zu dem der Verein gegründet ist, gegen die Strafgesetze verstößt. Tut dies ein einzelnes Mitglied zu unerlaubten Zwecken, dann kann das zwar eine Strafverfolgung der verantwortlichen Person, nicht aber eine Auflösung des Vereins zur Folge haben. Die Bestimmung des Vereinsgesetzes, nach der ein politischer Verein angemeldet werden muß, ist nach übereinstimmender Auffassung der Literatur nur so zu verstehen, daß seine Übertretung mit den im Vereinsgesetz vorgesehenen Strafen geahndet werden kann, nicht aber daß der Verein wegen Nichtanmeldung aufgelöst werden könnte."

Stillstand der Verhandlungen.

Da Baldwin nach mehrfachen Erklärungen fest entschlossen ist, die Lösung des Ruhrproblems und aller damit zusammenhängenden Fragen noch in diesem Sommer zu bewerkstelligen, so hatte er auf das Zögern Poincarés hin in der Beantwortung der englischen Fragen den englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, beauftragt, von Poincaré mündliche Aufklärungen zu verlangen. Die Unterredung hat stattgefunden, ist aber

ohne Resultat

verlaufen. Von englischer Seite wird festgestellt, daß sich bei der Unterhaltung abermals schärfste grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Kabinetten gezeigt haben. Der Ausgleich dieser Gegensätze muß nach dem offiziösen

„Daily Telegraph"

als eine schwere und langwierige, wenn nicht unmögliche Aufgabe betrachtet werden. Das Blatt weist darauf hin, daß Deutschland den Widerstand noch für Monate durchführen könne, und daß überhaupt, wie das Beispiel Österreichs beweist, die Nationen nicht so leicht zusammenbrechen, wie vielfach geglaubt werde. Man sei in London davon überzeugt, daß die

einzige Möglichkeit

für die Beseitigung des passiven Widerstandes darin liege, daß das Ruhrgebiet in kurzer Zeit seine industrielle und politische Freiheit wiedererhalten würde. Auch der Pariser Vertreter der „Times" hält die Lage für sehr schwierig und stellt fest, daß die Franzosen jede Änderung ihres Standpunktes ablehnen. Andererseits befürchtet man offenbar am Quai d'Orsay, daß der Widerstand sich in die Länge ziehen werde. Auch in Frankreich gibt man zu, daß der grundsätzliche Standpunkt beider Mächte als schwer vereinbar erscheine.

„Petit Parisien"

veröffentlicht über den Stand der französisch-britischen Beratungen eine offenbar offiziöse Mitteilung, in der es heißt, daß entgegen gewissen von übertriebenem Optimismus eingegebenen Nachrichten erklärt werden müsse, daß die letzten Verhandlungen zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter Crewe den Meinungsaustausch zwischen Paris und London in bezug auf die Reparationsfrage nicht besonders gefördert hätten. Der

englische Fragebogen

über den passiven Widerstand war noch nicht beantwortet. Über die meisten Fragen, zum Beispiel über eventuelle Maßnahmen, die nach einer deutschen Kapitulation getroffen werden müßten, über die zu verlangenden Geldzahlungen, über die Einberufung einer Konferenz mit oder ohne Teilnahme der Deutschen, sei noch keine präzise Diskussion eingeleitet. Es scheint, daß die

belgische Ministerkrise

eine gewisse Behinderung für den Fortgang der Verhandlungen bildet. Bis zu ihrer Beendigung will man sich anscheinend darauf beschränken, die Verhandlungen nur formell weiterzuführen.

Die belgische Krise ungelöst.

Die Pariser Blätter müssen, soweit sie sich mit der belgischen Ministerkrise befassen, zugeben, daß Theunis noch genau soweit ist wie vor 1½ Wochen. Es wird bestätigt, daß, wenn Theunis bis Mittwoch keine einigende Formel für die einzelnen Parteien gefunden habe, er endgültig auf die Neubildung des Kabinetts verzichten werde. Aus Brüssel wird von anderer Seite noch depeschiert: Auch die Dienstag-Besprechungen Theunis' haben zu keinem Ergebnis geführt, und eine Einigung in der Frage der Genter Universität ist vorläufig nicht zustande gekommen. Die Vlamen erklären kategorisch, sie könnten keine Konzessionen machen und Nolf, von dem die augenblicklich diskutierte Kompromißforderung stammt, und der als Vertreter der Liberalen handelt, erklärt, er könne nicht von der von ihm vorgeschlagenen Formel abweichen. Theunis soll gestern abend seiner Umgebung gegenüber erklärt haben, er werde wahrscheinlich gezwungen sein, die Kabinettsbildung aufzugeben. Er glaubt, daß er in den Verhandlungen mit dem Ausland nicht die notwendige Autorität haben würde, wenn er ein Land mit so zahlreichen ungeklärten inneren Fragen und einem so offensichtlichen Zwiespalt in den politischen Parteien hinter sich habe.

Die belgische Krise ist das deutlichste Zeichen von der Unsicherheit der belgischen Politik in der Ruhrfrage. Niemand will die weitere Verantwortung für die Ruhrpolitik übernehmen, niemand aber findet auch den Mut, sich von Frankreich abzuwenden. Sobald die französisch-englische Krise in ein neues Stadium getreten sein wird, wird auch sofort eine Regierung in Belgien sein, die sich für England entscheidet.

Erschießung eines Schweizer Staatsangehörigen.

In Buer wurde am 24. d. Mts., abends 8 Uhr, kurz vor Beginn der Straßensperre der Schweizer Tunbrink von einer belgischen Patrouille erschossen. Dasselbe Schicksal ereilte den Elsaß-Lothringer Wilhelm Oesemeyer. Von den Belgiern wird in Buer ein Schreckensregiment geführt. Die von den Belgiern verhafteten Straßenpassanten müssen auf der Wache die ganze Nacht stehend, mit dem Gesichte zur Wand gekehrt, zubringen. Einem der Festgenommenen wurde von belgischen Soldaten ein Auge ausgeschlagen.

Noch zwei Deutsche erschossen.

In Gladbeck (westlich Buer) wurde am 24. Juni auf der Holthauser Straße ein Schuhmacher aus Horst, ein Invalide, der im Krankenhaus in Horst-Emscher als Pflegling untergebracht war, von einem belgischen Posten erschossen. Ferner wurde in der Nacht ein Mann von ungefähr 50 Jahren, dessen Personalien bis jetzt noch nicht ermittelt sind, an der Zechenbahn in der Nähe der Berliner Straße ebenfalls von einem belgischen Posten erschossen. Die Belgier schleppten heute morgen die Leiche in das Gladbecker Krankenhaus.

Bombenanschlag im Wiesbadener Hauptbahnhof.

Dienstag früh kurz nach 5 Uhr explodierte in der Halle des Hauptbahnhofes vor den Schalterräumen eine Bombe, durch die die Schalterunlagen und andere Einrichtungen des Bahnhofes vollständig zerstört bezw. schwer beschädigt wurden. Es soll auch Tote und Verwundete gegeben haben. Einzelheiten über den Anschlag fehlen bisher.

Neue Ausweisungen hoher Beamter.

Von der Interalliierten Rheinlandkommission wurden am Sonnabend und am Sonntag folgende Regierungsbeamten aus Koblenz ausgetrieben: Regierungsrat v. Kirchbach, Regierungs- und Medizinalrat Matthes, Regierungs- und Baurat Schlockhammer, Oberregierungsrat Koch, der Direktor des Oberversicherungsamts und ein Kassenbuchhalter. Über den Grund der Austreibnng ist nichts bekannt.

Scharfe englische Verurteilung der französischen Anstiftung zum Hochverrat

Die Enthüllung des „Observer" über die Beziehungen zwischen Dorten und dem französischen Oberkommissariat in den Rheinlanden erregt in der englischen Presse die größte Aufmerksamkeit. Das Dementi der französischen Regierung macht nicht den geringsten Eindruck und verstärkt nur die Überzeugung von der Gefährlichkeit der französischen Intrigen.

Wenn auch die Blätter der Regierungspartei, die „Times" und der „Daily Telegraph", vorläufig über diese Angelegenheit noch stillschweigend hinweggehen, so schlagen die liberalen Organe dafür bereits um so kräftigere Töne an. Man sieht hier die Bedeutung dieses französischen Dokuments vor allem darin, daß es einmal einen offenen Beweis für die **starken Unterströmungen der französischen Politik** bringt, **die eine Verständigung zwischen Frankreich und England und damit eine Regelung der Reparationsfrage unmöglich machen.** Von den Abendblättern betont der konservative „Standard", daß sich Dorten gerade mit General Mangin am besten versteht, der als **der extremste Vertreter des französischen Militarismus** bekannt sei. England müsse den Deutschen gern Gefühle für die nationale Einheit zubilligen, von denen es selber erfüllt ist.

Der liberale „Star" sagt, daß dieses Dokument den Höhepunkt des Skandals darstellt, als den man die ganze Bewegung Dortens bezeichnen müsse. Das Dokument selber sei ein Beweis dafür, daß die Bewohner des Rheinlandes, obgleich sie antipreußisch seien, doch patriotische Deutsche sind und daß sie keinerlei Neigung für eine Regierungsform empfinden, die sie

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(6. Fortsetzung.)

Der alte Herr schoß unter den buschigen, eisgrauen Brauen hervor einen scharfen, prüfenden Blick auf den Besucher. „Nun weiß ich wenigstens, was mir gefehlt hat; ein Mensch wie Sie, Redern, der mir ab und zu den ollen Dickkopp zurechtsetzt und mir in aller Freundschaft und Güte die Leviten liest. Pastor Exner hat das zwar auch schon ein paarmal probiert, aber seit er mir gesagt hat, daß das verfluchte Podagra die Strafe für meine Sünden sei, lasse ich mich immer, wenn er kommt, als bettlägerig verleugnen, denn zu all den Schmerzen und dem Ärger auch noch Grobheiten — nee, das brauche ich mir schließlich doch nicht gefallen zu lassen!"

Hasso mußte unwillkürlich lächeln: „Gott bewahre, Herr Graf, das haben Sie nicht nötig, und nun will ich Ihnen auch noch ein Rezept verraten, das einem vieles Schwere im Leben leichter macht: Wenn ich als kleiner Junge eine recht schwierige Aufgabe lernen oder eine unangenehm schmeckende Medizin schlucken sollte, dann hatte ich ein sehr einfaches Mittel, mir die Sache zu erleichtern, ich sagte nämlich nicht, „ich muß", sondern „ich darf". Und das tue ich auch heute noch, wenn ich mir selbst ein paar moralische Sporen geben will. Ich „muß" nicht Steuern, Lasten und Abgaben zahlen, sondern ich „darf" es, darf auch für mein bescheidenes Teil dazu beitragen, daß einst ein Tag kommt, an dem unser Volk und Vaterland wieder groß und geachtet mit blankem Ehrenschild dasteht! Oder auf Ihren Fall angewendet, Sie „müssen" nicht leiden und Schmerzen haben, sondern Sie „dürfen" es, weil Sie sonst ohne Leid und Schmerz die frohen und glücklichen Stunden im Leben gar nicht als etwas Schönes empfinden würden. — So hat also jedes Ding seine zwei Seiten, es kommt letzten Endes nur darauf an, von welcher Seite man es betrachtet, da hat man es zum guten Teil selbst in der Hand, sich das Schwere nicht noch schwerer zu machen, nicht wahr?"

Wie ein bebender Krampf ging es durch die hohe Gestalt des Clanitzer Schloßherrn: „Hören Sie, Redern, Sie sollten den Beruf wechseln, an Ihnen ist ein Pfarrer oder Berufsphilosoph verloren gegangen! Aber — Scherz beiseite — ich danke Ihnen für Ihre warme Anteilnahme und für die lieben, guten Worte und — wenn ich noch eine sehr unbescheidene Bitte hinzufügen darf: kommen Sie oft, recht bald und oft wieder, ja?"

„Gern, Herr Graf, und glauben Sie mir, ich würde meinen Besuch nicht so lange verschoben haben, wenn ich gewußt hätte, daß ich Ihnen vielleicht über eine einsame, trübe Stunde hinweghelfen kann."

„Sie sind ein guter Mensch, Redern," sagte der alte Herr herzlich, „sehen Sie, mein Mädel tut ja alles, um mir das Leben so angenehm wie möglich zu machen, und ich habe wirklich keinen Grund mich zu beklagen, aber im Alter wird man oft ungerecht und egoistisch."

„Glauben Sie das nicht," fiel Marianne lebhaft ein „Väterchen ist der beste, liebevollste Mensch, den es gibt. und — — —"

„Nu' halt' aber die Luft an, Annemieze," Graf Eberhardt drohte seiner Tochter mit dem Zeigefinger, „bei mir siehst Du immer durch 'ne rosa Brille, und Redern ist imstande, Dir den Unsinn zu glauben."

Vom Schloßturm klangen zehn helle, klingende Schläge; überrascht sah Hasso nach der Uhr. „Herrjeh — schon zehn, da habe ich mich ja schön verplaudert, und es wird höchste Zeit für den Heimweg, denn mittags muß ich beim Anstellen der Leute dabei sein, mein alter Inspektor Höppner hält streng darauf, daß ich mich selbst um alles kümmere."

„Recht so," meinte Graf Dassel, „die Arbeiter müssen immer wissen, daß das Auge des Herrn über ihnen wacht, und," fügte er hinzu, „ich wollte nur, ich hätte diese goldene Lebensregel selbst mehr befolgt, dann stände Clanitz heute anders da, und ich brauchte mich nicht von meinem Pächter übers Ohr hauen zu lassen, der Kerl hat sich in den Kriegsjahren ein Vermögen erspart."

Hasso war aufgestanden und griff nach Hut und Büchse: „Darf ich mich für heute verabschieden, Herr Graf?"

„Ja, wenn die Pflicht ruft, will ich Sie nicht länger aufhalten, aber nicht wahr, Sie kommen recht bald einmal wieder, vielleicht mal mit Oberförster Sauer zusammen, dann können wir einen soliden Männerskat dreschen."

„Sehr gern, nur jetzt während der Ernte kann ich nicht immer über meine Zeit verfügen."

„Selbstverständlich — also es bleibt dabei, und nun nochmals, lieber Redern: Haben Sie Dank für ihren lieben Besuch, der mir eine große Freude war, und vor allem dafür, daß Sie meinem Mädel so schnell entschlossen und tatkräftig beigestanden haben; hätte ich Orden zu vergeben, dann erhielten Sie das Clanitzer Hauskreuz mit Brillanten!"

Marianne begleitete Hasso bis auf den Flur: Auf Wiedersehen, Herr v. Redern, und nehmen Sie auch meinen Dank für alles, für die Hilfeleistung und — — und", sie stockte, „für die lieben, guten Worte, die Sie zum Väterchen gesprochen haben!"

Hasso v. Redern hielt die schlanke kühle Hand des jungen Mädchens in seiner kräftigen, braungebrannten Rechten. „Wenn jemand Ursache hat zu danken, dann bin ich es, Gräfin, das war heute die erste frohe, glückliche Stunde, die ich wieder in der Heimat verlebt habe, und das, was Sie mir über Gott und die Natur sagten, soll mir ein Talisman sein für dunkle Stunden, wie sie ja keinem Menschen erspart bleiben — Auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen!" sagte sie noch einmal leise, dann trat Hasso hinaus auf die Freitreppe.

Durch die halbgeöffnete Tür fiel ein flimmernder Sonnenstrahl und wob eine goldige, leuchtende Strahlenkrone um das Haupt des jungen Mädchens, das mit einem seltsam versonnenen Lächeln dem Davonschreitenden nachblickte.

II.

Wie ein ockerfarbiges Band dehnte sich die schnurgerade, von hohen, steifen Pappeln flankierte Landstraße, die Redern eingeschlagen hatte, um den Weg nach Rhena abzukürzen. Aber es war seltsam, trotz der dringenden Arbeit, die auf ihn wartete, schien Hasso keine sonderliche Eile zu haben. Immer wieder tauchte ein süßes, von goldbraunen, schweren Flechten umrahmtes Gesichtchen vor ihm auf, ein winziger Mund, hinter dessen halbgeöffneten roten Lippen zwei Reihen schneeweißer, fester Zähnchen blitzten, und ein paar große, ernst blickende, schwarzblaue Augen.

(Fortsetzung folgt.)

von dem Wohlwollen der französischen Gönner abhängig machen würde.

„Dieser Dorten ist nichts anderes als ein gemeiner Verräter seines Landes, der Vertraute der französischen Militärbehörden, der Empfänger französischen Geldes. Was für eine schmutzige Rolle spielen da die Franzosen, die große Nation, indem sie zum Verrat anstiften, zum gemeinsten Verbrechen unter der Sonne! Der Verrat, den eine solche Rolle auch gegenüber den Alliierten anschlägt, ist zu offensichtlich, als daß man näher darüber zu sprechen braucht. Frankreich hat uns an die Ansicht gewöhnt, daß es der alleinige Richter über das Schicksal Deutschlands ist, ohne daß es sich verpflichtet, sich um die anderen Nationen zu kümmern, die ihm in seiner Not zu Hilfe kamen. Diese Enthüllungen können jedoch kaum vorübergehen, ohne von den Alliierten kommentiert zu werden, sie sollten die Hand des Herrn Baldwin stärken. In einem Augenblick, da die französischen Royalisten eine neue Tätigkeit entfalten, ist es durchaus nicht angebracht, daß der französischen Regierung dabei gestattet wird, daß sie sich bemüht, im Nachbarlande Revolution zu erregen."

Eine so scharfe Sprache gegenüber Frankreich ist auf englischer Seite auch bei den Organen der Opposition seit langer Zeit nicht mehr beobachtet worden.

Severing gegen die Umtriebe im Rheinland.

Bei der Eröffnung des rheinischen Provinziallandtages hielt der preußische Innenminister Severing eine Eröffnungsrede, in der er im Namen des preußischen Staatsministeriums den Rheinländern dankte für den Widerstand, den sie schon viereinhalb Jahre gegenüber der französischen Besetzung geleistet haben. Niemand weiß eine Antwort auf die Frage, wie lange dies Leiden noch dauern wird. Die Deutschen gehen diesen Weg weiter, weil es keinen anderen Weg gibt. „Würden wir diesen Widerstand nicht leisten," sagte Severing, „so hätten wir nicht nur den Krieg verloren, sondern auch den ehrlichen deutschen Namen. Das Rheinland ist für uns nicht feil. Auch von einer „Entpreußung" der Rheinlande kann gerade im gegenwärtigen Augenblick nicht die Rede sein. Die Franzosen würden dies als Vorstufe zur Annexion betrachten. Von dem geschlagenen und entwaffneten deutschen Volke Sicherungen zu verlangen, ist ein grausamer Hohn. Vielmehr hätte Deutschland das Recht, Sicherungen gegen französische Übergriffe zu verlangen. Von der Einsetzung einer internationalen Polizei im Rheinlande kann ebenfalls keine Rede sein, besonders da man bei dem Kommunistenaufstand im Ruhrgebiet gesehen habe, daß die französischen Besatzungsbeamten nicht nur nichts gegen die Ausschreitungen taten, sondern sogar diese verbrecherischen Veranstaltungen wenigstens mittelbar unterstützten.

England verdoppelt seine Luftstreitkräfte.

Stanley Baldwin wird voraussichtlich in diesen Tagen im Unterhause eine Darlegung der neuen Politik geben, die die Regierung hinsichtlich der königlichen Luftmarine verfolgt, sowie die Abänderungen, denen die Organisation der Luftmarine unterzogen werden wird, bekanntgeben, um aus ihr **ein wirklich nationales Machtmittel** zu schaffen. Die Hauptveränderungen werden sich auf folgende Punkte beziehen:

1. Erhöhung der regelmäßigen Luftstreitkräfte;
2. Erhöhung der Luftstreitkräftereserven;
3. Schaffung einer territorialen Luftstreitkraft.

Es verlautet, daß eine Vermehrung um 80 Prozent der Zahl der Flugzeuge in den Ausgaben für das augenblickliche Jahr vorgeschlagen werde. Diese Vermehrung würde eine Mehrausgabe von 8 Millionen Pfund für das Land bedeuten. Die Summe würde jedoch über zwei Jahre verteilt werden; 5 Millionen würden im ersten und 3 Millionen im zweiten verlangt werden. „Pall Mall Gazette" erklärt, die britischen Luftstreitkräfte würden auf 100 Fliegerabteilungen erhöht werden, so daß diese Streitkräfte **bald zweimal so stark** sein würden **als vor sechs Monaten.**

Man erinnert sich der Debatten im Unter- und Oberhaus über die angesichts der großen französischen Luftflotte immer unzureichender erscheinenden Luftstreitkräfte Englands. Die geplante Vermehrung der britischen Luftflotte ist die Antwort auf die nur schlecht verhüllten äro-militärischen Drohungen Frankreichs seinem englischen Verbündeten gegenüber.

Die englischen Luftrüstungen sollten eine Warnung für Frankreich sein. England hat deutlich seine Unzufriedenheit mit der französischen Politik gegenüber Deutschland gezeigt. England legt seinen abweichenden Standpunkt, wie die Franzosen erklären, in äußerst freundschaftlichem Tone dar. Offenbar aus dem Grunde, weil es sich noch nicht genügend gerüstet fühlt gegenüber der französischen Luftmacht. Die schnelle und gewaltige Vermehrung der englischen Luftflotte, die Baldwin jetzt in die Wege leitet, wird mit dem fortschreitenden Bau neuer Flugzeuge von Monat zu Monat die englische Stellung verbessern. Im Falle Frankreich nicht nachgibt, ist früher oder später ein ernsterer englisch-französischer Konflikt vorauszusehen. In dem Augenblick aber, wo England genügend stark ist, um seine Forderungen durch einen Appell an die Waffen zu unterstützen, ist die Sache Frankreichs endgültig verloren. Daher sollte Frankreich beizeiten nachgeben. Für Deutschland aber ist die Weiterfortsetzung des passiven Widerstandes der gegebene Weg, um das Land zu retten, mag auch die deutsche Wirtschaft, speziell die Industrie, zunächst einen erheblichen Schaden leiden.

England sichert die freie Lebensmittelversorgung für das Ruhrgebiet.

Zurzeit bereist ein englischer Oberst mit seinem Adjutanten, einem Oberstleutnant, das Ruhrgebiet zur Prüfung der Lebensmittelversorgung, und zwar, wie verlautet, im Auftrage der Interalliierten Rheinlandkommission, die die Anregung dazu von Baldwin persönlich bekommen haben soll. **Der Einwirkung der beiden Offiziere wird es zugeschrieben, daß die militarisierte Strecke Dortmund—Herne sowie der Bahnhof Dortmund-Süd von den Franzosen freigegeben wurden.** Die Kommission sprach auch bei dem Lebensmitteldezernenten der Stadt Essen, bei der Firma Krupp und bei dem Regierungspräsidenten Dr. Grützner in Elberfeld vor.

Amerikanische Gäste im Ruhrgebiet.

In Münster trafen die Amerikaner Professor Lincoln Hutschinston und Dr. Frank Holder ein und sprachen im Oberpräsidium vor. Die Herren bereisen zurzeit im Auftrage Hoovers Deutschland, um Erkundigungen über die Ernährungslage einzuziehen. Bei Gelegenheit eines Gespräches mit dem Oberpräsidenten Gronowski ließen sie sich eingehend über die augenblickliche Ernährungslage im Einbruchsgebiet unterrichten.

Millerand rühmt die französische Milde.

Die drei in Paris bestehenden Vereine der Auslandspresse, zu denen aber deutsche Berichterstatter noch nicht gehören dürfen, gaben ein Frühstück zu Ehren des Präsidenten der Republik. Der Korrespondent der „Times" begrüßte den Präsidenten mit einer Ansprache, die taktvoll jede Anspielung auf die Politik und besonders auf Deutschland vermied. Millerand dankte in einer längeren Rede, in der er es eigentümlicherweise für nötig befand, eine wortreiche Verteidigung der Ruhrbesetzung einzufügen, ein Beweis, wie sehr der Präsident sich davor fürchtet, daß das wahre Urteil über diese Aktion durchdringt. Die Besetzung entspreche dem Wunsche, den ein Volk genau wie ein Privatmann hat, seine Forderungen einzutreiben. (Anders haben die französischen Generale den polnischen Außenminister, Herrn Marjan Seyda, unterrichtet, der in seiner Rede im Senatsausschuß betonte, daß Frankreich gezwungen sei, im Frieden Krieg zu führen, **und daß vom Ausgang der Aktion die künftige politische Stellung Deutschlands abhänge.** D. Schriftl.) Millerand betonte, daß Frankreich der Geist der Rache und des Hasses fremd sei und daß die Milde der französischen Sitten jede Härte ausschließe.

In vollkommenem Gegensatz zu diesen Behauptungen steht ein anderer Satz seiner Rede: **„Wir wollen nicht aufhören zu lieben, was unsere Toten geliebt haben, und zu hassen, was sie mit Abscheu erfüllt.":** Damit ruft der Präsident der französischen Republik zur Fortsetzung des Krieges im Frieden und zur Verewigung des Hasses gegen Deutschland auf. Ob eine derartige Gesinnung, die das äußerste Gegenteil von „Milde" darstellt, im Interesse Europas, ja auch nur im wohlverstandenen eigenen Interesse Frankreichs liegt, — die Antwort darauf dürfte jedem Denkenden klar sein. Ein einziges von den zahllosen Beispielen der angeblichen „Milde der französischen Sitten", das wir in folgendem anführen, dürfte genügen, um die wahre Gesinnung der Franzosen im Ruhrgebiet zu kennzeichnen. Als der in Recklinghausen erschossene Konditor Feldhoff, von der französischen Kugel getroffen, zu Boden stürzte, ließen die Franzosen niemand an den Schwerverletzten heran. Feldhoff wälzte sich, vor Schmerzen laut stöhnend im Straßenschmutz. Er hat **noch etwa 20 Minuten gelebt, ohne daß ihm Hilfe zuteil geworden war.** Ein französischer Soldat rief ihm in unglaublicher Roheit zu: „Schwein, halt endlich still!"

Die angeblichen Kriegsgreuel des deutschen Landheeres ebenfalls widerlegt.

Der Kriegskorrespondent Will Irwin brandmarkt in einem zwei Spalten umfassenden Aufsatz in der „World" **auf Grund seiner persönlichen Nachforschungen** zahlreiche Darstellungen angeblicher deutscher Grausamkeiten im Landkrieg als falsch. Er schreibt, vier Jahre lang habe ich vergeblich versucht, einen authentischen Fall von abgehackten Kinderhänden festzustellen. Irwins Ausführungen bilden eine wertvolle Ergänzung zu der von Admiral Sims kürzlich veröffentlichte Kritik an den Schilderungen angeblich von deutschen U-Boot-Besatzungen begangenen Grausamkeiten.

Spanische Angriffe auf Frankreich.

Die lediglich von agrarischem Interesse diktierte Zollpolitik des Ministers Chéron erregt nach wie vor heftige Widersprüche in weiten Kreisen. In der spanischen Zeitung „Voz" droht eine autorisierte Persönlichkeit, hinter der allgemein der Staatsminister Alba vermutet wird, mit Repressalien gegen Frankreich, und zwar nicht allein wegen der Erhöhung der französischen Zölle auf spanische Weine, sondern auch wegen der französischen Machenschaften in Tanger und dem übrigen Marokko. Auch in Frankreich macht sich vielfach Widerspruch geltend. Poincaré empfing Vertreter dreier großer französischer Produktions- und Verbraucherorganisationen unter Führung von Dubois, dem früheren Vorsitzenden der Reparationskommission, zur Entgegennahme ihrer Klagen über die französische Zollpolitik.

Tartarins Anmaßung.

Das Militärgericht in Landau verurteilte vor einiger Zeit den Polizeiwachtmeister Lorenz Berberich aus Mannheim, weil er im unbesetzten Mannheim einen französischen Offizier nicht gegrüßt hatte, zu fünf Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe bzw. weiteren drei Monaten Gefängnis. Das Urteil wurde damit begründet, daß „der Boden, den ein französischer Offizier im Dienst betritt, als besetztes Gebiet zu betrachten ist." Demnach wäre also Berlin ebenfalls als besetztes Gebiet zu betrachten, da es Herrn Nollet zu beherbergen gezwungen ist.

Große Geld- und Menschenverluste Frankreichs in Syrien und Marokko.

Im französischen Senat ist am 22. Juni die Verhandlung über das Militärbudget fortgesetzt worden. Für die französische Armee im Nahen Osten, forderte die Regierung 235 Millionen, während die Finanzkommission nur 220 Millionen zur Annahme empfahl. Kriegsminister Maginot erklärte, daß die Ausgaben für die Armee im Nahen Osten schon wesentlich herabgesetzt wurden und die Truppenbestände nur noch 20 000 Mann sowie 6000 Eingeborene betrügen. Die Grenze der Einschränkungen wäre erreicht. Wenn man darin weitergehe, müßte die Armee im Nahen Osten desorganisiert werden. General Weygand, ein großer Soldat, habe sich verpflichtet, mit allen Mißbräuchen in Syrien aufzuräumen. Der Augenblick wäre schlecht gewählt, um die Kredite einzuschränken. Senator Victor Birard kommt auf Marokko zu sprechen und fragt, ob es wahr wäre, daß die dort erlittenen Verluste so groß wären, daß man von einem wirklichen Krieg sprechen könne. Fernerhin rügte Birard die Verschwendungen, die in Syrien vorgekommen wären. Er erklärte, man müsse die Ausübung des französischen Mandats in Syrien mit den Bedürfnissen und Interessen der Eingeborenen und der Verbündeten in Einklang bringen. Der Kriegsminister erwiderte auf die Frage über Marokko, daß dort tatsächlich schwere Verluste vorgekommen wären, über deren Umfang werde er vor der Armeekommission Mitteilungen machen. Was die Verwaltung der Armee im Nahen Osten betreffe, so wäre in der letzten Zeit mit Erfolg gegen die Verschwendungen aufgetreten worden. Der Generalberichterstatter der Senatskommission, Béranger, sagte, daß Frankreich sein Mandat in Syrien mit mehreren Milliarden an militärischen und diplomatischen Ausgaben bezahlt habe. In Wirklichkeit hätte der Völkerbund diese Ausgaben auf sich zu nehmen. (?) Bei der Abstimmung wurden die von der Regierung geforderten 235 Millionen abgelehnt und die von der Kommission empfohlenen 220 Millionen angenommen.

Eine Rede Dr. Cunos in Königsberg.

Zu der Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung der deutschen Ostmesse in Königsberg i. Pr. war Reichskanzler Dr. Cuno persönlich erschienen. Bei der Eröffnungsfeier hielt er eine Rede, aus der wir die Ausführungen über die allgemeine Lage des deutschen Abwehrkampfes hier ausführen: „Aus eigener Überzeugung und Erfahrung kann ich sagen, daß der Geist der Abwehr und der Wille zum Widerstand im Ruhrgebiet noch ebenso entschlossen und fest sind wie damals, als die fremden Truppen ihren Einzug hielten, trotz aller Bedrückung, aller Opfer an Leben, Freiheit, Gesundheit und Eigentum, die das Land in der Zwischenzeit hat auf sich nehmen müssen. Das gibt mir die Hoffnung, daß, so unüberwindlich der Wille des Volkes an Ruhr und Rhein ist, so unüberwindlich auch in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sich die ganze Volksgemeinschaft erweisen wird.

Daher muß unsere Politik eine aufrichtige und gerechte, aber auch eine Politik sein, die darauf bedacht ist, die Leiden dieser echten deutschen Menschen nicht über Gebühr zu verlängern. Nichts ist unversucht geblieben vor und seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet, was dazu dienen konnte, eine vernünftige und tragbare Lösung der Reparationsfrage zu finden, eine Lösung, die endgültig ist, die nie wieder, wie jetzt, einem Einbruch an Rhein und Ruhr uns aussetzt, die mit der Abtragung der Lasten uns auch die volle Freiheit unseres Volkes gewährleistet.

Was von dem deutschen Memorandum erwartet werden konnte, ist im wesentlichen erreicht, denn von vornherein war es klar, daß man nicht durch einen wie immer gearteten Schritt von heute auf morgen zu Verhandlungen am selben Tisch mit Frankreich kommen konnte.

Was erreicht werden konnte, war, die Welt zu überzeugen, daß es der aufrichtige Wille Deutschlands ist, Nachbar zu Nachbar mit anderen Völkern zu leben, Reparationen nicht zu versprechen, sondern zu zahlen, und hierzu alle Kräfte unseres Volkes bis zum äußersten anzuspannen, unter der Voraussetzung freilich, daß wir sagen können: Am Ende dieser Leistungen steht die Freiheit.

Es ist ein starker Fortschritt gemacht worden, wenngleich Frankreich noch nicht verhandlungswillig ist und immer noch die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt, eines Widerstandes, der nicht auf Befehl der Regierung, sondern aus dem Willen der Bevölkerung erwachsen ist, und der, nachdem nun so große Opfer an Leben, Freiheit, Gesundheit und Wohlstand gebracht worden sind, nicht nachlassen wird, solange noch ein deutsches Herz schlagen wird, ein Widerstand, den keine Regierung, selbst wenn sie es wollte, durch einen Befehl beenden könnte, den aber auch keine deutsche Regierung vorzeitig zu beenden wünschen kann, solange sie nicht der aus freiem Willen ihn leistenden gemarterten Bevölkerung als Ergebnis dieses Widerstandes den gesicherten Weg zu einer Lösung der Gerechtigkeit und Billigkeit vorzeigen kann.

Die Wünsche gewisser Kreise des deutschen Volkes, den passiven Widerstand durch einen aktiven zu ersetzen, sind Abwege. **Es hat keinen Sinn, politische Ideale verwirklichen zu wollen, solange die Kräfte zu schwach sind, sie tatsächlich durchzusetzen.** Wir brauchen eine Politik der praktischen Erwägung und der Zweckmäßigkeit, eine Politik, die auf dem Boden der Tatsachen und des praktisch Erreichten steht."

Der Minderheitenschutz Ungarns.

In der Nationalversammlung unterbreitete Ministerpräsident Bethlen einen Gesetzentwurf, durch den die Kenntnis der Sprache der nationalen Minderheiten in Gerichts- und Verwaltungsämtern gesichert wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß im gegenwärtigen Ungarn die Zahl der fremdsprachigen Bevölkerung sowohl absolut als relativ gering sei. Nur Deutsche und Slowaken wohnen in mehr geschlossenen Siedlungen, aber gleichfalls mit Anderssprachigen vermischt. Trotzdem gebe es einige Gemeinden und Städte, in denen die nationale Minderheit 20 Prozent, also die unsere Grenze erreichte, bei deren Erreichung gegenwärtig der in der Entwicklung begriffenen internationalen Auffassung gemäß dem Gebrauch der Sprache der Minderheit angemessener Raum gewährt werden muß. Die ungarische Regierung hat in Ausführung der im Trianoner Friedensvertrag zum Schutze der Minderheiten übernommenen Verpflichtungen eine Verordnung erlassen, welche u. a. bestimmt, daß jeder ungarische Staatsbürger ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder der Religion vor dem Gesetz gleich ist und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte genießt. (**Dazu war es allerdings die höchste Zeit!** D. Schriftltg.) Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit kann beim Erlangen von öffentlichen Stellungen nicht hinderlich sein. Jeder ungarische Staatsbürger kann seine Muttersprache im Privatleben und im Geschäftsverkehr, in der Ausübung seiner Religion, in der Presse und in öffentlichen Versammlungen frei benutzen. Die Gesetze müssen in amtlicher Übersetzung auch in der Sprache der Minderheiten ausgegeben werden. In den Gemeindeversammlungen und in der Generalversammlung dürfen die Mitglieder neben der amtlichen Staatssprache auch ihre Muttersprache benutzen. Auch in den Schulen und auf den Universitäten sollen die Sprachen der Minderheiten Berücksichtigung finden. Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die Diplomatie des Vatikans.

Im Vatikan herrscht lebhafte diplomatische Tätigkeit. Mehrere Nuntien, wie Monsignor Micara aus Brüssel und Marmaggi aus Prag sind hier eingetroffen und wurden vom Papste sowie vom Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen. Ferner ist eine Reihe neuer Konkordate im Werden begriffen. Nuntius Pacelli hat das neue Konkordat mit Bayern fertiggestellt, worin alle Streitpunkte behoben sind. Auch neue Konkordate mit Südslawien und Rumänien wurden ausgearbeitet, ersteres durch Monsignor Pellegrinetti, das zweite durch Monsignor Dolci. Doch erheischt namentlich das rumänische Konkordat wegen der Beziehungen Roms zum Orientritus großen Takt und Vorsicht. Wie man dem Vertreter des „Berl. Tagebl." mitteilt, ist die Kurie eifrig bemüht, **die Episkopate im Bereiche der Staaten der kleinen Entente dem überwiegenden Einflusse Frankreichs zu entziehen und lediglich unter den Einfluß Roms zurückzuführen.**

Deutsches Reich.

** **Verurteilung von drei Spionen.** Vor dem Reichsgericht kamen drei Spionageprozesse zur Verhandlung. Der Arbeiter Kauke versuchte im Auftrage eines belgischen Kapitäns von einem Reichswehrsoldaten in Hannover Wehrkreisblätter und Nachrichten über die Reichswehr zu erhalten. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis und zweijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Schweizer Röser wurde zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünfjährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt. Er hatte versucht, im Auftrage eines französischen Agenten von einem Reichswehrsoldaten in Münster militärische Dokumente zu erhalten. Schließlich wurde der Kaufmann Jakob zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte versucht, in Ingolstadt sich militärische Dokumente zu verschaffen.

** **Zusammenstöße zwischen Rechts- und Linksradikalen** sind jetzt in Deutschland an der Tagesordnung. In Dramburg in Pommern wurde ein Fest des Jungsturms, zu dem auch auswärtige Abteilungen erschienen waren, von linksradikalen Elementen gestört, indem die Fensterscheiben des Festraumes zertrümmert und Steine hineingeworfen wurden. Als die Pöbelmasse die Tür sprengen wollte, fielen von innen Schüsse. Ein Kommunist wurde getötet, zwei verletzt. Auch mehrere Jungsturmleute wurden verletzt. — Die Fahnenweihe der Hamburger Ortsgruppen des Vereins Stahlhelm war in Hamburg selbst auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten. Die Feier wurde in Wandsbeck auf preußischem Boden veranstaltet. Nach Beendigung der Feier kam es zu Zusammenstößen mit Angehörigen der Vereinigung „Republik", bei denen mehrere Personen verletzt wurden.

** **Streik in Wilhelmshaven.** Die Arbeiter der Marinewerft in Wilhelmshaven haben die Arbeit niedergelegt.

** **Der Metallarbeiterstreik in Brandenburg a. d. H.** ist nach vierzehntägiger Dauer beendigt worden.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Statt Karten.

Die Geburt eines Sohnes beehren sich anzuzeigen

Günther von Pflug
Renate von Pflug
geb. Albinus.

Bartoszewice. den 25. 6. 23 Grudziądz
Post Pluźnica. Klinik Dr. v. Klein.

Am Dienstag, dem 26. Juni verschied nach längerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, mein inniggeliebter Mann, unser guter Vater und Schwiegervater (7836

Herr Georg Miezynski

im vollendeten 69. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 29. Juni, nachm. 7 Uhr von der Leichenhalle des St. Martin-Kirchhofes, an der ul. Bukowska (Bäckerstr.), statt.

Speicherwagen

Gewicht v. 200 bis 500 Kilo Tragkraft mit Hilfslaufgewicht bis 6 Kilo.

Milchkannen

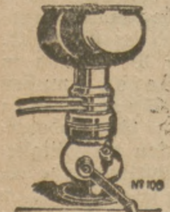
Milchkannengummiringe

liefert sofort ab Lager

Woldemar Günter,

landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 52—25.



Westfalia- [7738

Separatoren

in neuester Ausführung stelle auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung aus.

Generalvertreter **G. Scherfke**, Posen.

Leopold Goldenring
Weingrosshandlung
Gegründet 1845
Poznań, Stary Rynek 45
Breslau — Mad b. Tokaj
empfiehlt ihr grosses Lager in:
Ungar- u. Tokajerweinen,
Rhein-, Mosel-, Bordeaux-, Süd-Weinen, sowie Cognac, Rum, Arrac und ff. Likören.
[7762



Wolle

zahle für

Wolle gewaschene	Kilo bis	52000
Schmutzwolle . . .	Kilo bis	44000

Fischotterfelle	bis	1800000
Marderfelle	bis	1300000
Fuchsfelle	bis	800000

Nur Winterware, beste Qualität, wird gekauft.

Roßschwanzhaare	Kilo bis	60000
Bienenwachs . .	Kilo bis	30000

Kaufe künstliche Zähne,

zahle für 1 Zahn **10000 M.** nach Untersuch. der Echtheit. —

Elkan Kallmannsohn,

Poznań, św. Marcin 34, seit 20 Jahren ansässig

Gustav Glaetzner

Dachziegel-Zentrale und Baumaterialien-Grosshandlung

Telephon 3579. Poznań 3, Przecznica 1. Gegr. 1907

Telegr.-Adresse: Dachglaetzner, Poznań.

Dachmaterialien aller Arten:

Bedachungsziegel — Dachpappe — Steinkohlenteer
Klebemasse — Dachpliessen — Dachschindeln usw.
Ziegeleiprodukte jeglicher Gattung
Ia. Baustückkalk **Portland-Zement**
Alle sonstigen Baumaterialien.
Düngekalk und Düngegips. **Kohle und Koks.**

Neue Dampf-Pflüge

hat preiswert abzugeben. [713

Besichtigung zu jeder Zeit auf unserem Fabrikhofe.

Centrala Płngów Parowych T. z o. p.

Maschinenfabrik,

Poznań W 3, ul. Piotra Wawrzyniaka 28/30.

Telephon: 2121, 4152. Telegr.-Adr.: Centroplug.

Gelegenheitskauf!

Personen-Automobile

10/20 PS. „Benz", 6sitzig, mit elektr. Beleuchtung,
55 PS. „Renould", 6sitzig,
mit elektr. Beleuchtung und 6 Zylinder-Motor,
8/24 PS. „Brennabor", 6sitzig,
14/40 PS. „Apollo", 6sitzig,
5/14 PS. „Adler", 6sitzig,
Last-Automobil „Presto", 2 To.
Omnibus „Büsing" für 30 Personen.

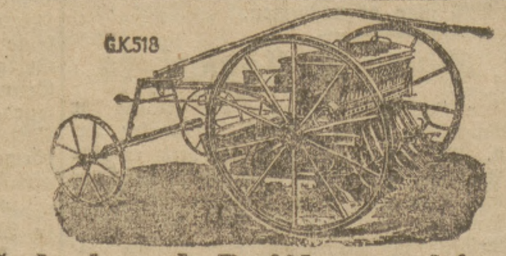
Sämtliche Wagen sind vollständig fahrfertig und mit Bereifung.

BENZ-Vertretung,

Inhaber **J. Pniewski,**

Poznań, ul. Kantaka 1, Telephon 2986.

Werkstätten ul. Bukowska 12.



Schubrad-Drillmaschinen

„Premier" mit Oberaussaat

in neuester Ausführung stelle auf der Landwirtschaftl. Ausstellung aus. [7739

G. Scherfke, Maschinenfabrik, Posen W 6.

Perfektes **Wirtschaftsfräulein**

für bald oder später für Gutshaushalt gesucht.

Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unt. F. 7828 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ankäufe u. Verkäufe

Wäsche-Geschäft,

beste Lage **Berlins**, 1 Fenster, sofort zu verkaufen. Angebote an **Adam, Neukölln, Hermannstr. 50.** (4104

Stellenangebote

Ein zuverlässiger **Kutscher**

vom 1. Juli evtl. auch später **gesucht.** — Näheres durch staatl. Förster **Fuhrmann,** Państwowe Leśnictwo Rożnowo p. Parkowo.

Suche saubere, ehrliche

Bedienungsfrau.

Bienias,
3. Maja 3 a I, Gartenhaus.

Anständiges

Mädchen

zur Hilfe im **Haushalt** gesucht. Lohn 45 000 Mark. Meldungen zwischen 12 u. 3 **Matejki 3, ptr. l.**

Stellengesuche

Suche sofort oder später Stellung als

Hauslehrerin

für Kinder von 8 bis 8 Jahren. Bin evangelisch, seminaristisch gebildet und stehe im 19. Lebensjahre. Off. erb. unter **M. K. 7838** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche zum 1. 10. 23 oder früher, möglichst selbständige Stellung als **landwirtsch.**

Beamter.

Bin an intensiven Betrieb nach allen Richtungen gew., jetzige Stelle etwa 4000 Mrg., 8 J. selbst. tätig, gest. auf best. Zeugn. und Ref., bin evgl., verh., voln. Staatsb., 43 J. alt, beider Landessp. in Wort und Schrift mächtig. Gefl. Off. u. **C. 7738** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 28. 6., abends 7½ Uhr: **„Die schöne Helena"**, Komische Oper von Offenbach.
Freitag, den 29. 6., abends 7½ Uhr: **„Lohengrin"** Oper von Wagner.
Sonnabend, den 30. 6., abends 7½ Uhr: **„Die schöne Helena"**, Komische Oper von Offenbach.
Sonntag, den 1. 7., abends 7½ Uhr: **„Lohengrin"**, Oper von Wagner.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredry u. Sew. Mielżyńskiego.

128 Rfm Erlenrollen,

2,00 m lang, von 14 cm aufwärts, starke gute Ware,

60,00 cbm Birkenbohlen,

schöne breite Ware, trocken, 6, 7 und 8 cm stark, **hat abzugeben**

A. Buschke, Dampfsägewerk Oborniki.

Szczepankowo.
Sonntag, den 1. und Montag, den 2. Juli d. J.

Schützenfest,

verbunden mit Preisschießen, Konzert und Tanz.
Gäste willkommen.

Die Schützengilde.

Landwirtstochter, 28 J., ev., brünett, gute Erscheinung u. tüchtig, die sich bereits in der Landwirtschaft betätigt hat, sucht auf diesem Wege, am l. einen Besitzer, auch Witwer ohne Kind kennen zu lernen,

zw. Heirat.

Ernstgemeinte Anträge bitte ich unter Angabe der Verhältnisse vertrauensvoll unter **M. G. 7799** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Endlich

gibt

das Palasttheater
(Teatr Pałacowy, plac Wolności 6)
die dritte und letzte Serie
des kunstvollen, fesselnden Films
„Das Weib mit den Millionen"
das unter dem Titel

Paris—Konstantinopel

täglich bis einschl. Montag, den 2. Juli gezeigt werden wird.

Nur 5 Tage! **Nur 5 Tage!**

Täglich Vorführungen um 4½, 6 und 7½ Uhr.

Erfahrener, energischer

Platz- od. Brückenmeister

mit den erforderlichen Kenntnissen im Polnischen, welcher auf größeren Sägewerken langjährig tätig gewesen ist, wird für sofort oder später unter günstigen Bedingungen **gesucht.** Freie Wohnung, Beleuchtung und Heizung, sowie Garten und Gemüseland.

Gefl. Angebote nebst Zeugnisabschriften erbittet

N. Heller, tartaki parowe, **Solec,** pow. Bydgoski.

General-Vertreter

suchen wir für unsere konkurrenzlose [7837
selbstdruckende Straußwage.

Gebr. Dopp, Maschinen- u. Wagenfabrik,
Berlin W 50, Tauentzienstr. 8.

Tüchtigen

Werk- und Maschinenmeister,

welcher eine langjährige Praxis durch Zeugnisse nachweisen kann, **suche** ich für sofort oder später unter günstigen Bedingungen für meine hiesigen Dampfsägewerke. Freie Wohnung am Werk mit Garten, Gemüseland, freie Beleuchtung u. Heizung.

Gefl. Angebote nebst Zeugnisabschriften bezw. Referenzen erbitte ich an

N. Heller, tartaki parowe, **Solec,** pow. Bydgoski.

Zur Unterstützung der erkrankten Hausfrau

gebildete Hausdame

gesucht, welche mit allen Obliegenheiten zur Führung eines einfachen **Landhaushaltes** gründlich vertraut ist. Angabe von Gehaltsansprüchen und Zeugnissen erbeten unt. **7816** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Jüng. gewandte Buchhalterin,

nachweislich in größerem Büro tätig,

für großes Unternehmen gesucht.

Offerten unter **7840** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Dominium- u. Kutsch-Geschirre verkauft [7829

Razer, Sattlerei, Poznań, ul. Szewska 11.

Freitag, 29. Juni 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 144.

Tagungen des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine.

Versammlung der Ausschüsse für Acker- und für Wiesenbau.

□ Posen, 28. Juni.

II.

Gestern vormittag von 10½ Uhr ab tagte im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses eine gemeinsame Versammlung der Ausschüsse für den Acker- und für den Wiesenbau. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Wiesenbauausschusses, Frhrn. von Massenbach-Pinne, mit dem Ausdruck der Freude über die erste gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse und einer Begrüßung der zahlreich Erschienenen eröffnet.

Der Vorsitzende des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine, Frhr. von Massenbach-Konin, machte hierauf die Mitteilung, daß zwei Vortragende infolge Nichterlangung der Einreisegenehmigung nicht haben erscheinen können, und zwar Frhr. von Richthofen-Boguslawitz und Dr. Josef Kuhn-Kummeltitz, daß aber der erschienene Professor Dr. Ehrenberg auch den Vortrag des Frhrn. von Richthofen über „die Bodengare" in dankenswerter Weise übernommen hat. Die Sitzung des Posener Kreisbauernvereins mit dem Vortrag des Dr. Kuhn am heutigen Mittag müsse hingegen ausfallen.

Hierauf erstattete Dr. Feige den Bericht über die neue Versuchsperiode 1923/24 des Ackerbauausschusses und wies auf die vier verschiedenen Gruppen der geplanten Versuche hin. Die eine Gruppe plant die Feststellung des Düngerbedarfs, eine andere 22 Versuche mit Kalkstickstoff, 10 mit Kainit und Kalidüngesalz, 17 mit Phosphorsäure, ferner sollen Sortenanbauversuche, und zwar 26 Weizen- und 38 Roggenversuche gemacht werden. Eine dritte Gruppe bezweckt die Aussaatstärkeversuche mit Weizen und Roggen und die vierte Beizversuche mit sechs Beizmitteln. Der Nutzen der Versuche, die ja bisher unter der Ungunst der Witterung zu leiden hatten, kommt nicht nur dem Einzelnen, sondern der Allgemeinheit zugute. Jede Versuchsparzelle umfaßt 1000 Geviertmeter. Zu den Düngungsversuchen darf kein Land gewählt werden, das vorher Stalldünger gehabt hat. Jede Versuchsparzelle wird zur Kontrolle zweimal angelegt. Der Vortragende gab der Erwartung Ausdruck, daß die gesteigerte Arbeit bei den Versuchen durch eine Steigerung der Erträge belohnt werde.

Nach einer kurzen Aussprache über den Bericht und einer Ergänzungswahl des Vorstandes folgte ein Bericht des Wiesenbaudirektors Plate über die Versuche des Wiesenbauausschusses. Er berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses seit seinem fünfmonatigen Bestehen. Die Mitgliederzahl hat sich nahezu verdoppelt; das Interesse an der Grünlandwirtschaft ist im ständigen Wachsen. Zur Förderung des Wiederaufbaus der intensiven Wiesen und Weidewirtschaft empfehle sich die Wiedereinführung der Dauerberatung. Fünf Schauversuche sind gemacht worden mit Stickstoffdüngung, Kali, Kaliphosphat, Surophosphat. Neue Versuche sind in Form von besonderen Stickstoffdüngungen im Herbst und im Frühjahr geplant. Der Grassamenbau wurde vom Berichterstatter besonders beleuchtet. Er befürwortete den eigenen Grassamenbau. Geplant sind Besichtigungsreisen, die viel Anregung versprechen, eine im Süden der Provinz und eine im Netzegebiet. Geplant sind ferner zweitägige Wiesenbaukurse mit Vorträgen und Besichtigungen.

Auch an diesen Bericht knüpfte sich eine kurze Aussprache, in der Ökonomierat Peschken auf die Wichtigkeit der Kalkstickstoffdüngung hinwies. Schließlich erfolgte auch hier die Ergänzung des Ausschußvorstandes.

Es folgte ein Vortrag des Professors Dr. Ehrenberg, Direktors des agrikulturtechnischen und bakteriologischen Instituts der Universität Breslau über

„Die Phosphorsäuredüngung nach dem heutigen Stande der Erlebnisse."

Durch die kritiklose Übernahme der Arbeiten des Frl. von Wrangell ist hinsichtlich der Phosphorsäuredüngefrage in der Landwirtschaft eine ernste Beunruhigung eingetreten. Der Vortragende war nun einer der Forscher, der die irrtümlichen Gedankengänge und unklare Verarbeitung alter russischer Veröffentlichungen durch Frl. von Wrangell am schärfsten zurückgewiesen und der Phosphorsäurefrage wieder zu ihrem Rechte verholfen hat. Denn die Phosphorsäurefrage nimmt im Boden eine Sonderstellung ein; zufällige Beobachtungen in der Praxis darf man, wenn man sich nicht selbst schädigen will, nicht verallgemeinern. Der ungewöhnlich zahlreiche Besuch des Vortrages bewies, ein wie großes Interesse er bei den Landwirten gefunden hat.

Der Vortragende wies darauf hin, daß die Phosphorsäurefrage hier und in Deutschland so brennend geworden ist. Früher hat man mit der Phosphorsäure eine gewisse Verschwendung getrieben, da sie zu billigen Preisen in Massen zur Verfügung stand. Heute ist die Lage leider ganz anders geworden. Schon im Kriege tauchte die Frage auf, ob man von der Phosphorsäure weniger Gebrauch machen solle. Alle Phosphorsäure, die man in den Boden steckt, ist ein Kapital, das immer seine Zinsen bringt. Der Vortragende beantwortete nunmehr in seinem Vortrage zwei Fragen, einmal die nach dem Bedürfnis der Phosphorsäure und zweitens die nach der Möglichkeit und den Aussichten, dieses Bedürfnis zu decken. Vor anderthalb Jahren veröffentlichte Professor Aereboe eine Schrift, in der er darauf hinwies, daß man sich von der Phosphorsäure völlig unabhängig machen könne. Dagegen erhoben sich aus den Kreisen der Theorie erhebliche Widersprüche. Aereboe will aus der Kali- und Stickstoffdüngung selbst die Phosphorsäure herausheben. Der Vortragende bemerkte demgegenüber, daß der Stalldünger hinsichtlich seines Phosphorsäuregehalts seit dem Kriege erheblich zurückgegangen ist; er bietet nur ungefähr die Hälfte weniger Phosphorsäure als früher. Durch die reichliche Versorgung des Klees, der Luzerne und Hülsenfrüchte mit Stickstoffdüngung hat sich eine Steigerung der Erträge nicht herbeiführen lassen; diese hat sich beim Getreide viel besser bewährt. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Phosphorsäuregewinnung auf dem von Aereboe gewiesenen Wege recht problematisch bleibt. Man kommt sehr viel weiter, wenn man eine mäßige Phosphorsäuredüngung unternimmt. Deshalb sind die Empfehlungen Aereboes nach der Ansicht des Vortragenden abzuweisen, dagegen muß die übermäßige Verwendung von Phosphorsäure vermieden werden. Der Vortragende ging nunmehr zur Besprechung der Kulturpflanzen hinsichtlich ihrer Bedürfnisse an Phosphorsäure über, indem er an die Spitze die Bemerkung stellte, daß in einer trockenen Gegend sich das Fehlen von Phosphorsäure noch mehr als in der Marschgegend rächt. Die Zuckerrübe braucht in ihrer Jugend leichtlösliche Phosphorsäure; ist sie erst älter geworden, kann sie sich mit Stalldünger begnügen. Bei der Kartoffel kann mit der Kunstsäuredüngung gespart werden. Die Mohrrübe braucht etwas Phosphorsäure. Raps und Rübsen können darauf verzichten. Lein ist für die Phosphorsäure sehr dankbar. Hanf wird ohne solche auskommen können. Die Getreidearten zeigen in ihrem Bedürfnis an Phosphorsäure große Unterschiede. Die Gerste braucht solche; Hafer ist von allen Halmfrüchten am wenigsten darauf angewiesen. Der Roggen kann auf Phosphorsäure im allgemeinen verzichten, wenn man nicht gerade eine Rekordernte im Auge hat. Beim Weizen sollte man die Phosphorsäure nicht ganz weglassen. Buchweizen und Hirse brauchen keine Phosphorsäuredüngung. Die Hülsenfrüchte haben die Fähigkeit, Phosphorsäure in sich aufzunehmen, aber sie sich selbst aus dem Boden zu suchen; deshalb kann man bei ihnen mit der Phosphorsäuredüngung sparsam sein. Wicke und die Gelblupine brauchen keine Phosphorsäure. Der Rotklee braucht keine besondere Phosphorsäure, dagegen brauchen Phosphorsäure die eingesäten Früchte. Ganz anders ist die Luzerne zu behandeln; sie braucht eine gründliche Behandlung mit Phosphorsäure und Thomasmehl, da sie als Eiweißfutter von größter Bedeutung ist. Das Grünland, Wiese und Weide, stellen besondere Anforderungen in Phosphorsäure, wie Geheimrat Dr. Wagner in Darmstadt so glänzend nachgewiesen hat. Wiese und Weiden brauchen je nach den Verhältnissen mehr oder weniger Phosphorsäure. Das Fehlen selbst der kleinen Menge von Phosphorsäure rächt sich mehr als das von Stickstoff und Kali.

Im zweiten Teile des Vortrages erörterte Professor Dr. Ehrenberg die Frage, wie man für die Phosphorsäure Ersatz schaffen könne. Wenig günstig sind die Aussichten für die Beschaffung von Thomasmehl, Superphosphat und Knochenmehl. Rhenaniaphosphat kommt wegen seiner schwierigen Beschaffung für das hiesige Teilgebiet ebenfalls kaum in Frage. In Bayern hat man dagegen das Zusammenmahlen von Kalisalzen und Rohphosphat, in Amerika das von Rohphosphat mit Schwefelphosphat versucht. Gewisse Hoffnungen für die Zukunft bringt die Herstellung von Nitrosuperphosphat, sowie das ganz feine Zermahlen der Phosphate, wie es zwei deutsche Fabriken gesondert vorgenommen haben. Eine weitere Möglichkeit liegt vor, wenn man die gelbe Lupine mit Rohphosphat düngt. Ein weiteres Verfahren wird in Amerika versucht, indem man die Phosphorsäuregewinnung aus russischen Phosphaten plant. Lemmermann in Berlin befaßt sich endlich zurzeit mit Versuchen, die Phosphorsäure durch besonders bearbeitete Kieselsäure zu ersetzen. Zum Schluß machte der Vortragende noch mit dem Verfahren des Professors Neubauer in Bonn bekannt, das den Zweck hat, festzustellen, ob ein Boden Phosphorsäure braucht oder nicht.

Auf den anderthalbstündigen fesselnden Vortrag folgte stürmischer Beifall. Es folgte noch eine kurze Aussprache, die den Beweis dafür erbrachte, daß die Ausführungen des Vortragenden bei den Zuhörern das lebhafteste Interesse erweckt haben.

*

Vollversammlung des Hauptvereins.

Nachmittags von 4 Uhr ab folgte die gut besuchte ordentliche Vollversammlung des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine unter der Leitung des Vorsitzenden, Frhrn. von Massenbach-Konin.

Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, indem er der 1. Hauptversammlung am 10. Mai d. Js. und ihres verstorbenen ersten Vorsitzenden, Generallandschaftsrats Hoffmeyer-Zlotnik gedachte. Besonders dankte er allen für die treue Mitarbeit, die er, als Vorsitzender des Hauptvereins, bei den Mitgliedern gefunden habe. Nachdem er die hiesigen und auswärtigen Gäste,

darunter den Vertreter der galizischen Landwirte Heckel begrüßt hatte, gedachte er des Ablebens des Rittergutsbesitzers Seifarth-Klingenburg, dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde.

Namens der Gäste dankte Major Riese als Vertreter des Landbundes Weichselgau für die Einladung zur Vollversammlung und gab dem Wunsche für ein weiteres enges Zusammenarbeiten zwischen Landbund und Hauptverein unter lebhaftem Beifall der Vollversammlung Ausdruck.

Als zweiter Gast überbrachte der Vertreter der galizischen Landwirte Heckel den Dank und die herzlichsten Grüße des galizischen Deutschtums und sprach den wärmsten Dank für die Einladung aus. Es handle sich für ihn um einen Gegen- und Dankbesuch für den Besuch des Vorstandes des Hauptvereins. Im Anschluß hieran gab er eine interessante Schilderung von dem Deutschtum in Galizien.

Es folgte

der Geschäftsbericht des Vorsitzenden.

Darnach hat sich der Hauptverein erfreulich weiter entwickelt trotz oder gerade infolge der Erhöhung der Beiträge. 16 Geschäftsstellen arbeiten draußen im Lande mit je einer Hilfskraft; die Zentrale hat 28 Angestellte. Die Sitzungs- und Versammlungstätigkeit war sehr rege. An Verbänden sind 10 angeschlossen. Die Stellung zu den anderen Verbänden ist sehr freundschaftlich; auch zu den anderen landwirtschaftlichen Organisationen in Pommerellen und Oberschlesien. In der Landwirtschaftskammer ist der Hauptverein durch Frhrn. von Massenbach-Konin vertreten. Dem Hauptverein gehören 24 Kreisvereine und 164 Ortsvereine an. Der Bericht skizzierte dann weiter die Tätigkeit der Landwirtschaftlichen Abteilung, des Ackerbauausschusses, der Meliorationsabteilung, der Obstberatungsstelle, der Abteilung für Pflanzenschutz, der Volkswirtschaftsabteilung. Die Bildung weiterer Ausschüsse ist noch geplant, und zwar eines solchen für Steuersachen und eines für wirtschaftliche Fragen. Es besteht weiter ein Ausschuß für Zuckerrübenbau. Die Abteilung Arbeitgeberverband arbeitet mit großer Rührigkeit und bestem Erfolge. Sie beschäftigt sich auch mit der Stellenvermittlung. Das Verhältnis zum Güterbeamtenverband ist erfreulich. Im vergangenen Jahre fanden zwei, in diesem Jahre eine Lehrlingsprüfung statt. Von 25 Prüflingen haben 20 die Prüfung bestanden. Die Vermittlung von Lehrstellen ist eingeleitet. Wanderkurse und Haushaltungskurse wurden abgehalten. Die landwirtschaftlichen Winterschulen haben das Interesse des Hauptvereins gefunden. Privatim wurde ein landwirtschaftlicher Kursus in Birnbaum vom Hauptverein ins Leben gerufen. Das „Landwirtschaftliche Zentralwochenblatt" wird kostenfrei an die Mitglieder geliefert, was eine erhebliche Belastung des Etats bedeutet. Ein großes Gebiet hat der Hauptverein übernommen, der Großgrundbesitz gehört ihm fast restlos als Mitglieder an, nicht so erfreulich ist die Mitgliederzahl des kleinen Grundbesitzes. Der Hauptverein ist eine wirtschaftliche Organisation, dazu ins Leben gerufen, die wirtschaftlichen Interessen zu stärken. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß auch der Kleinbesitz der Organisation sich anschließt. (Lebhafter Beifall.)

In der Aussprache wurde u. a. mitgeteilt, daß die Posener Landschaft beschlossen hat, zum 1. Juli d. Js. alle Pfandbriefe, die nicht polnisch abgestempelt sind, zum 31. Dezember d. Js. zu kündigen. Es sollen dann Roggen- und unter Umständen Dollarpfandbriefe herausgegeben werden.

Es folgte nunmehr ein

zweiter Vortrag des Professors Dr. Ehrenberg über „Die Bodengare und ihre Bedeutung für die Erträge der Landwirtschaft".

Einleitend wies er auf die Bedeutung der Bodengare seit der Römerzeit hin. Die alten Römer haben sich mit der Bodengare beschäftigt. Dann blieb sie lange Zeit verschollen. Später beschäftigte man sich in England mit der Bodengare. Die Bodengare blieb aber lange Zeit als landwirtschaftliche Wissenschaft ein Buch mit sieben Siegeln, bis zu den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Um 1900 entdeckte man die Bodenbakterien, daraus wollte man die Bodengare bakteriell erklären. Man konnte die Vereinigung zwischen Theorie und Praxis nicht finden. Die Gare war zwar da, aber man konnte sie nicht erklären. Das wurde seit 1908 anders, als die Koloidchemie entstand. Die Bodengare wurde durch die ganz kleinen Teile, die sog. Koloide, vermittelt. Im Ackerboden können diese Teilchen als Ton-, Humus-, Eisen- und Kalkteilchen nur durch das Ultramikroskop erkannt werden. Die sog. Koloide wirken durch ihre große Zahl und durch ihre große Oberfläche. So sind die Bodenkoloide fähig, die Pflanzenteile festzuhalten. Die Koloide kleben ganz energisch; der Boden bekommt dadurch Zusammenhalt. Trockener, steriler Sandboden hat keinen Zusammenhalt. Sobald man aber Humus oder Ton hineinbringt, dann ändert sich das Bild. Beim schweren Boden wünscht man umgekehrt eine größere Lockerung durch Frost, durch Wechsel von Nässe und Trockenheit. Die Gare kann im Boden zwei sich widersprechende Eigenschaften in sich vereinigen.

Der Redner wandte sich nun der praktischen Seite zu und beantwortete die Frage: Wie erzielt man die Gare? Der gewöhnliche leichte Boden hat keine Struktur. Hat man ihn in Gare gebracht, dann hat man eine bessere Bindigkeit des Bodens. Dieser Boden ist auch nicht mehr ein solcher Verschwender des Stickstoffs; das Kali und Ammoniak geht nicht mehr verloren. Die Gare mit tiefer Kultur muß Hand in Hand gehen mit der Stallmistdüngung. Den besten Beweis für diese Behauptung liefern die Verhältnisse in der Lüneburger Heide. Die ehemaligen Bauern sind zu großen Besitzern geworden, weil sie es verstanden haben, ihren leichten Boden in die richtige Gare zu bringen. Beim schweren Boden ist die Gare leichter zu erreichen, aber sie ist auch leichter zu verlieren. Mit der Einführung des Kunstdüngers ging die Kunst der Ackerbearbeitung immer mehr verloren. Der Boden muß durch Haken oder durch den Kultivator aufgerissen und damit die Grundlage für die Gare vorbereitet werden. So kann man die Gare für den schweren Boden vorbereiten. Dann kann der Frost seine Tätigkeit beginnen. Der Redner beleuchtete dann die Bedeutung der guten Gare für die Hackfrüchte, Rüben, wie Kartoffeln. Für sie muß man die gute Gare durch den Stalldünger herbeiführen. Dabei ist der Kalk zur Herbeiführung der Gare bei Rüben sehr dienlich. Die Kartoffelbearbeitung zeitigt beim Obenaufliegen des Düngers nicht dieselben Erfolge, wie beim Einpflügen. Die Bedeckung des Bodens darf nicht zu spärlich sein. Auf leichterem Boden muß die Kultur möglichst tief sein. Die Reihen der Kartoffeln müssen nicht zu eng gelegt werden. Der Raps verlangt eine tadellose Bodengare. Bei der Getreidekultur erzielt man eine bessere Gare durch neue Pflugformen, die eine Vermischung der oberen und unteren Krume verhindern. Zum Schlusse ging der Vortragende auf die Bedeutung der Gare für Grünland ein. Es muß versucht werden, Gare in das Grünland hineinzubringen durch die Anwendung des Stalldüngers. Die Erfolge sind ganz wunderbar. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Empfehlung der Einführung von sogenannten Pflügekursen.

Der Vortrag fand rauschenden Beifall, den der Vorsitzende noch durch Worte herzlichsten Dankes ganz besonders unterstrich. Auch an diesen Vortrag schloß sich die Beantwortung mancher auf das Thema bezüglichen Fragen.

*

„Bunter Abend".

Den Abschluß des gestrigen Tages bildete ein im großen Saale des Zoologischen Gartens veranstalteter „Bunter Abend", dem der Vorsitzende des Hauptvereins, Frhr. von Massenbach-Konin mit dem Wunsche gemütlicher Geselligkeit und angenehmer Unterhaltung an die mehrere hundert hiesiger und auswärtiger Damen und Herren eröffnete.

Ein vom Ökonomierat Hünerasky verfaßter, von Frau Lina Starke mit Ausdruck vorgetragener Vorspruch leitete zu den übrigen bunten Darbietungen über. Die Konzertsängerin Fräulein Biging-Mann erntete mit dem ausgeglichenen Sopranvortrag zweier Schubert-Lieder und eines solchen von Schumann und von H. Wolff wohlverdienten stürmischen Beifall. Frau Lina Starke deklamierte mit Klavierbegleitung ein Schubertsches Melodrama. Den Hauptteil der Vortragsfolge bestritten Mitglieder des Deutschen Theatervereins durch mehrere ausgezeichnete humoristische Darbietungen, wie des Vortrags „Das Geigerchen", „Die Gardinenpredigt", die Aufführung des Einakters „Er ist nicht eifersüchtig" und die klassische Rede des Vorsitzenden einer ostpreußischen Klempnermeisterinnung. Gespielt und vorgetragen wurde flott, und der Humor, der in den Darbietungen zum Ausdruck kam, übte auf die Zuhörer seine wohltuende Wirkung aus. Mitternacht war bereits vorüber, als man sich mit dem Bewußtsein trennte, einen wirklich schönen Abend ungetrübten Genusses verlebt zu haben. hb.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 28. Juni.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde zum größten Teile von der Aussprache über den Stadthaushaltsvoranschlag ausgefüllt. Längere Zeit hielt auch die Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifs auf. Hier ereignete sich ein Zwischenfall, als der Stadtv. Kowalewski vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit der Versammlung in Zweifel zog. Der stellvertretende Versammlungsleiter, Stadtv. Buggel, kam durch die wirklich festgestellte Beschlußunfähigkeit in große Verlegenheit, und die Sitzung drohte aufgehoben zu werden. Es werden Ratschläge erteilt und Auseinandersetzungen geführt. Auf einmal hieß es, daß sich zwei Stadtverordnete der Linken im Vorzimmer aufhalten sollen und Obstruktion üben. Nach einer Weile verließ der Versammlungsleiter den Sitzungssaal, um die Stadtverordneten auf ihr Gelöbnis gewissenhafter Pflichterfüllung hinzuweisen. Da seine „Mission" nicht fruchtete, wurde die Sitzung auf 15 Minuten unterbrochen. Nach der Pause erklärte der Versammlungsleiter die Versammlung für beschlußfähig, und es wurde die Abstimmung über die Tariferhöhung vorgenommen. Für die Vorlage stimmen 3 Stadtverordnete der Christl. Demokratie und die Rechte geschlossen. Die Vorlage ist angenommen, und am 1. Juli wird der Tausendmarkschein für eine einfache Fahrt seine Herrschaft in der Straßenbahn antreten.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs

wurde mit dem Anwachsen der Löhne und den Materialkosten begründet. Wenn der bisherige Tarif weiter in Kraft bleiben würde, dann müßten täglich mehrere Millionen Mark zugelegt werden. Was die schon oft vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Verlängerung der Verkehrszeit betrifft, so steht die Straßenbahndirektion, wie aus dem Bericht des Stadtv. Wybieralski entnommen werden kann, einer grundsätzlichen Verlängerung des Verkehrs bis 11 Uhr wohlwollend gegenüber. Der Verkehr auf der Strecke Bahnhof—Schrodka könnte sogar um einige weitere Minuten verlängert werden. Als Bedingung stellt die Direktion Verdoppelung des Tarifs auf. Der doppelte Tarif müßte in der Sommerzeit von 10 Uhr ab, in der Winterzeit schon von 9 Uhr an in Kraft treten.

Der Magistrat wird sich bei der Direktion darum bemühen, daß bis 7 Uhr 20 Min. früh nur der halbe Fahrpreis entrichtet zu werden braucht.

In der Aussprache beklagte sich der Stadtv. Ruter darüber, daß die Linie nach der Tama Garbarska (fr. Gerberdamm) erst um 8 Uhr ihren Betrieb dort aufnimmt.

Stadtv. Dr. Szulczewski fragt an, ob sich nicht zur Hebung der Rentabilität des Straßenbahnunternehmens eine kleine Verschnellerung des Fahrtempos bewerkstelligen lasse. Der Redner erwähnte, daß Warschau in dieser Beziehung vor Posen den Vorrang habe. Er sei sich wohl darüber klar, daß im gegebenen Falle die Sicherheit vor Unfällen abnehmen würde, und schlage deshalb nur eine geringe Verschnellerung vor.

Stadtv. Lisiecki schlägt die Herausgabe von ermäßigten Wochenkarten durch die betreffenden Unternehmen vor.

Stadtv. Kowalewski erklärt, daß die Forderungen der Direktion nicht in dem richtigen Verhältnis zu den Löhnen ständen, und verlangt dann eine allgemeine Preisherabsetzung bis 7 Uhr 30 Min. für Angestellte, also auch für geistige Arbeiter.

Stadtv. Budzyński wirft im Zusammenhang mit der Kommissionsuntersuchung der inneren Verhältnisse der Straßenbahndirektion dem Magistrat vor, daß er die Straßenbahndirektion mit Handschuhen anfasse. Dann beklagt er sich darüber, daß unter anderen Bauprojekten der Bau einer Linie nach dem Eichwald noch nicht in Angriff genommen worden sei. Bei der Kritik der inneren Verhältnisse der Straßenbahndirektion gibt der Redner dem Oberkontrolleur der Straßenbahn den Titel „König der Straßenbahn", weil alles, was er sage, für gut befunden werde. Im übrigen wird der Oberkontrolleur wieder einmal Gegenstand der bekannten Vorwürfe.

Als darauf der Stadtpräsident die von der Reparationskommission noch nicht entschiedene Frage der Übernahme der Straßenbahn und die Kompetenzen des Aufsichtsrates in Berlin anschneidet, stellt Stadtv. Kowalewski fest, daß der Aufsichtsrat in Berlin, der sich aus Deutschen zusammensetzt, darüber bestimmt, ob ein polnischer Arbeiter in Posen Arbeit haben kann. Der Redner bezweifelt dann die Beschlußfähigkeit der Versammlung, und es ereignet sich der oben erwähnte Zwischenfall, der mit der schließlichen Annahme der Vorlage endet.

Der neue Stadthaushaltsvoranschlag.

Der Stadtpräsident ergreift dann das Wort zur Einbringung des Stadthaushaltsvoranschlags für das Jahr 1923. Die Einnahmen der Stadt seien geringer geworden. Infolge des Mieterschutzgesetzes sei bei ungefähr 50 Magistratsgebäuden, die vor dem Kriege 1 Million einbrachten, eine Wenigereinnahme zu verzeichnen. Der gegenwärtige Voranschlag stützt sich auf die sozial ungerechtfertigten Verbrauchssteuern. Bei den Ausgaben ist eine Verminderung eingetreten, da die Polizei und das Schulwesen auf die Rechnung des Staates übergegangen sind. Zum Bau von Wohnhäusern, zur Übernahme der Straßenbahn und zur Finanzierung anderer Projekte will die Stadt eine neue Anleihe in Höhe von 2 Millionen Złoty aufnehmen, die zu 7 Prozent verzinst werden soll.

Nähere Aufschlüsse über einzelne Budgetpositionen gab Bürgermeister Dr. Kiedacz. Er sprach auch über die ungünstige Vermögenslage der Stadt und betonte größere Ausgaben auf einigen Gebieten, als vor dem Kriege, wie z. B. für die Armenfürsorge und für die städtischen Theater. Zur Deckung des Gesamtdefizits werden die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer und der Umsatzsteuer, sowie aus anderen Steuern und den Staatssteuerzuschlägen dienen. Eine sehr große Rolle spielt hierbei das Gesetz über die Regelung der Kommunalfinanzen, das jetzt Gegenstand von Sejmausschußberatungen ist. Der Stadt würden durch die Annahme des Gesetzes sehr hohe Einnahmen gesichert sein. Allerdings hat der zuständige Sejmausschuß den Anteil der Stadte an der Verbrauchssteuer für Kohle, Petroleum, Zucker und Salz gestrichen, doch kann eine Rückgängigmachung des Beschlusses noch erwirkt werden. In dieser Voraussicht wurde zum Schluß der Sitzung eine Entschließung angenommen, in der der Sejm angegangen wird, das Gesetz über die Regelung der Kommunalfinanzen so schnell wie möglich zu beschließen, den Anteil an den Verbrauchssteuern im Sinne des Regierungsentwurfes zu bestimmen und statt der 15prozentigen Staatssteuerzuschlagsnorm eine 25prozentige festzusetzen. Die Posener Sejmabgeordneten sollen im Sinne der Entschließung wirken.

Stadtv. Grzegorzewicz tritt für die Anlage von Badeanstalten und die Ausbildung von tüchtigen Handwerkern ein.

Stadtv. Dr. Stark hielt nach ihm eine Rede, die mit sichtlichem Interesse verfolgt wurde. Er sprach u. a. vom Luxus der Finanzinstitute und vom Wohnungselend. Was die Teuerung betreffe, so berechne man wohl die Einnahmen der Złoty, aber nicht die Ausgaben. Der Magistrat solle Ämter ins

„Die schöne Helena" in Posen.

Mit der „Fledermaus" brach das Große Theater vor einigen Monaten sein Gelübde der völligen Enthaltsamkeit von Strauß, Millöcker, Suppé usw. . . . . . . Wenn man erst einmal ein Gelübde gebrochen hat!

Offenbachs „Schöne Helena" bildete das zweite Konzessiönchen an Publikum und Kasse.

Eine Erörterung darüber, ob es gut ist, wenn das Große Theater Offenbachs Parodien gibt, ist hier nicht am Platze. Wenn man von allen theoretischen Erwägungen absieht, kann man vielleicht, die Frage ganz praktisch beim Schopfe fassend, sagen: Es ist gut, wenn das Große Theater die Parodien Offenbachs gibt, — wenn es sie gut geben kann. Ist die jetzige Wiedergabe gut?

Am Dienstag wurden die Aventuren der schönen Königin zum ersten Male im Großen Theater belacht. Die Wiedergabe des Vorspiels durch das Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Tyllia ließ die Erwartungen des aufmerksamen Hörers nicht allzu hoch steigen. Es zeigte sich wiederum, daß Offenbach durchaus nicht so leicht zu spielen ist, wie man denken könnte. Die „Schöne Helena" und „Orpheus in der Unterwelt" sind doch Parodien und müssen von Anfang an unbedingt als solche angefaßt werden. Jeder Ernst, jede Sentimentalität, die sich nicht selbst verhöhnt, verstößt gegen den Stil dieser Werke. Herr Tyllia machte aus dem Vorspiel eine hochdramatische Ouvertüre, raubte ihr ihren Witz und ihre Leichtigkeit.

Dann begann das Spiel auf der Bühne. Zuerst konnte man nicht so recht warm werden. Die Herrschaften, die vor dem Tempel des Adonis ihre Opfer niederlegten, taten das mit einem ganz gräßlichen Ernst, und zwar nicht mit einem parodistischen Ernst, sondern mit einem Ernst, der sich selbst ernst nahm. Tarnawskis mit natürlicher Komik gezeichneter Kalchas bringt einiges Leben in die Bude. Hie und da wird schon gelacht. Die Episode mit dem zur Reparatur gegebenen Donner wird mit Behagen entgegengenommen. Dann aber erscheint die Titelheldin: Fräulein Zamorska. Diese schöne Helena sieht wirklich sehr schön aus, man ist ihr dafür dankbar und bedient sich nicht ungern des Operngucker. Aber — sie singt auch. Ist das wirklich Offenbach, was sie singt? Wo ist der Witz geblieben, die graziöse Leichtigkeit, die Parodie? — Auch der Paris des Herrn Bedlewicz ist ganz und gar nicht offenbachisch. Außerdem singt er häufig bedenklich unrein.

Die Intelligenzprüfung des griechischen Volkes ließ die Lachfreudigkeit wieder zunehmen. Herr Braikiewicz vom Polnischen Theater, schon bei seinem Erscheinen mit lautem Beifall begrüßt, schuf eine außerordentlich lebendige, sehr komische Type. Sein sehr natürlich krähender und stolpernder und ganz unglaublich dummfreundlich in die Welt blickender König Menelaus war, wie zu erwarten war, die weitaus bedeutendste Leistung des Abends.

Einigermaßen operettenhaft und offenbachisch war Frl. Fontana als Orestes. Die Lustigkeit der anderen Herrschaften erschien oft nicht ganz freiwillig.

Der erste Akt dauerte anderthalb Stunden. Und das kennzeichnet die ganze Aufführung, deren Hauptschwäche ihre Schwerfälligkeit ist und — rein musikalisch betrachtet — die Langsamkeit der Zeitmaße.

Für das Auge gab es manches Erfreuliche. Es wurde schon gesagt, daß die schöne Helena wirklich schön war. Aber auch außer ihr gab es noch manches zu sehen. Man kann vielleicht sagen, daß beinahe zuviel zu sehen war (nämlich von den griechischen Damen). Aber dagegen ist schließlich nichts einzuwenden. Der Anblick war immerhin meist nicht unerfreulich. Auch Tempel, Schlafgemach und griechische Landschaft konnten sich sehen lassen. Desgleichen ein „klassisches Ballett" im dritten Akt.

„Die schöne Helena" soll die Kasse füllen. Unsere besten Wünsche begleiten sie. th.

Neuerscheinungen der pädagogischen Literatur.

Gaudig, Die Idee der Persönlichkeit und ihre Bedeutung für die Pädagogik. Leipzig. Verlag von Quelle u. Meyer. 1923. Großoktav, gebunden, 92 Seiten.

Gaudig, Schule und Schulleben. Leipzig. Verlag von Quelle u. Meyer. 1923. Großoktav, gebunden, 234 Seiten.

Zwei neue Bücher von Gaudig! Das ist immer ein Ereignis in der pädagogischen Welt, dem man mit Spannung entgegensieht. Der Grundzug d. Gaudigschen Schaffens ist die Persönlichkeit. Der werdenden Persönlichkeit des Schülers gerecht zu werden, sie einzugliedern in das nationale Leben der Gegenwart, in den großen Kulturprozeß des deutschen Volkes, ist sein Ziel. Wie er den scheinbaren Gegensatz zwischen der individualistischen und sozialistischen Lebensauffassung überbrückt, das ist hochinteressant durchgeführt und nicht nur für den Fachmann, sondern für jeden unbefangen strebenden Menschen, der sich einen offenen Blick für die Zeitfragen der Erziehung in der Gegenwart bewahrt hat, wichtig und anregend zu lesen. Im zweiten der ebengenannten Bücher führt Gaudig den Gedanken, daß die Schule nicht eine Unterrichtsanstalt, sondern eine Lebensstätte sein soll, in sieben Bildern, in geistvoller Weise durch: die neudeutsche Schule. Der Stil der deutschen Erziehung. Schulleben. Schulstimmung. Schulorganisatorisches Denken. Lehrerfreuden neuen Stils. Man fühlt förmlich, wie der Kultursturm des Lebens durch die Schule hindurchgeht. Gaudig ist unbedingt ein Eigendenker, der zu den führenden pädagogischen Geistern der Gegenwart gehört, und über den keiner hinwegkann, der sich mit den Neuströmungen der deutschen Pädagogik befassen will. Beide Bücher bilden eine wertvolle Ergänzung zu dem früher erschienenen Werke Gaudigs: „Die Schule im Dienste der werdenden Persönlichkeit" und sind allen strebenden Geistern wärmstens zu empfehlen.

Kempinsky, Rechenbuch für Volksschulen. Aufgabensammlung in 4 Teilen. Leipzig. Dürrsche Buchhandlung. 1. und 4. Lehrerheft. Großoktav, broschiert. 139 und 150 Seiten.

Zu den Schülerheften der Aufgabensammlung von Kempinsky und Radziej hat Heinrich Kempinsky besondere Lehrerhefte herausgegeben, die als erstes und viertes Heft jetzt in zweiter Auflage vorliegen. Die Neubearbeitung hat den Text der Schülerhefte aufgenommen und dadurch den Gebrauch des Werkes handlicher gestaltet. Die beigefügten Auflösungen und ergänzenden Aufgaben, die als einleitende Übungen oder dem Schnellrechnen dienen können, erhöhen seinen Wert. Das abschließende vierte Heft will nicht bloß während der Schulzeit, sondern darüber hinaus dem Kinde ein Berater sein, ein Hausbuch, das auch von den Schulentlassenen noch gern und mit Nutzen in die Hand genommen werden kann. Wie Kempinsky als neuzeitlicher Rechenmethodiker in Lehrerkreisen geschätzt wird, haben wir bereits bei der Beurteilung seiner früher erschienenen Rechenwerke in dieser Zeitung ausgeführt. Er will die Wege zu einem fröhlichen Rechenunterricht zeigen, der zur Selbsttätigkeit, zur Selbständigkeit, und zum Denken führt. Aller unnützer Ballast, der den Rechenunterricht in der Volksschule beschwert, wird abgeworfen. Die Sache, die Wirklichkeit mit ihren Anforderungen steht überall im Mittelpunkte, und in der lebensvollen Durchführung in kindertümlicher Form zeigt Kempinsky den Meister. Wir möchten die Neuerscheinungen am liebsten in der Hand jedes Lehrers sehen.

Leben rufen, denen die Verteilung billiger Lebensmittel, natürlich nicht unter die Magistratsbeamten allein, obliegen müßte. Der Arbeitslosigkeit könne nicht durch Geldmittel, sondern nur durch Arbeit gesteuert werden. Dadurch werde Demoralisierung verhindert. Bezüglich des Stadtkrankenhauses führte der Stadtverordnete folgendes aus: Im Stadtkrankenhause herrschen unmögliche Zustände. Es wäre gut, wenn eine Kommission das Recht erhielte, im Einvernehmen mit dem Dezernenten die Beschwerden über die Unzulänglichkeiten zu prüfen. Zum Schluß sprach der Redner von der ungenügenden Aufsicht der Gärten und trat für eine Erweiterung der Schulfürsorge ein.

Stadtv. Stachecki ergriff darauf die Partei der Invaliden.

Stadtv. Szulczewski regte den Bau eines neuen Krankenhauses an, da das alte im Herzen der Stadt liege, was für beide Teile, Krankenhaus wie Anwohner, ungünstig sei. Ferner wies der Redner auf die schwierigen Bedingungen hin, unter denen die Jugend aufwachsen müsse. Die Statistik der Tuberkulose biete sich in dunklen Farben dar. Deshalb trete er für die Schaffung von Kinderhorten ein.

Stadtv. Wybieralski erklärt, daß der Stadthaushaltsvoranschlag nur in seinen Ausgaben real sei.

Stadtv. Pluciński verteidigt den Stand der Hausbesitzer gegen unwahre Behauptungen bezüglich des angeblichen Reichtums der 4000 Hausbesitzer usw.

Stadtv. Sieradzki hebt hervor, daß der Egoismus der Arbeitgeber die Auswanderung vieler Arbeiter nach Frankreich bewirkt habe.

Zum Schluß werden

zwei Entschließungen

angenommen, von denen die eine dahin lautet, daß der Sejm die Mieterschutzgesetznovelle noch vor den Ferien erledigen möge. Die Nationale Arbeiterpartei erhob Einspruch gegen die Stelle, wo von der „unermeßlichen Schädlichkeit" des Mieterschutzgesetzes für die polnischen Städte und deren Bevölkerung die Rede ist. Der Wortlaut der Entschließung wurde schließlich ganz neutral im Sinne eines Antrages des Stadtv. Kierski abgefaßt.

Die andere Entschließung betraf das oben erwähnte Gesetz über die Regelung der Kommunalfinanzen.

Nach Annahme beider Entschließungen wurde die Sitzung nach dreistündiger Beratung geschlossen.

Eine erhebliche Gasverteuerung.

Infolge der erheblichen Steigerung der Kohlenpreise um 60 v. H. hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, eine abermalige Steigerung des Gaspreises, und zwar von 1300 auf 1800 Mk. für das Kubikmeter mit Gültigkeit vom 21. d. Mts. ab vorzunehmen.

X **Die Zahlung der Gewerbesteuer.** Die Großpolnische Finanzkammer fordert in einer besonderen Bekanntmachung zur Zahlung der Gewerbesteuer unter Fristsetzung bis zum 28. Juli auf. Die Bestimmungen über die Steuerpflichtigen, die Steuerquoten usw. sind aus der ausgehängten Bekanntmachung ersichtlich.

Des Peter und Paultages wegen erscheint die nächste Ausgabe des „Posener Tageblattes" erst am Sonnabend nachmittag.

X **Angenehme Aussichten.** Der gestrige Siebenschläfertag hat uns mehrere Male erhebliche Regengüsse gebracht. Hoffentlich begnügt sich der Wettergott damit, die nun zu erwartende siebenwöchige Regenperiode bereits vorweggenommen zu haben.

Einen Gemeindeabend veranstalten am Sonnabend, dem 30. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses die evangelischen Kirchengemeinden der Stadt Posen. Im Anschluß an eine Sitzung, welche an diesem Tage die Landesvereinigung Polen des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen" in Posen hält, soll am Abend den Gemeinden über diese Arbeit und über die Lage der evangelischen Kirchen in Polen berichtet werden. Ansprachen werden Generalsuperintendent D. Blau-Posen, Pfarrer D. Zöckler-Stanislau und Superintendent D. Voß-Kattowitz halten, während Pfarrer Greulich die musikalische Ausgestaltung des Abends übernommen hat. Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, wird Superintendent D. Voß in der Kreuzkirche, Pfarrer D. Zöckler in der Paulikirche predigen und dabei der Freundschaftsarbeit der Kirchen gedenken.

Von der deutschen Bücherei. Die gestrige Notiz über das neue Haftgeld und die jetzigen Leihgebühren ist dahin richtigzustellen, daß das Haftgeld ab 1. Juli nicht pro Woche 10 000 Mk. beträgt, sondern für die ganze Gültigkeitsdauer der Karte.

Das Posener Diakonissenhaus beabsichtigt am Freitag, dem 29. Juni, in der Paulikirche sein 57. Jahresfest zu feiern. Der Festgottesdienst, für den Generalsuperintendent D. Blau die Predigt übernommen hat, wird um 10 Uhr stattfinden. Das Diakonissenhaus hat in den 57 Jahren seines Bestehens in so mannigfaltiger Weise unsern evangelischen Gemeinden gedient und so vielen in Krankheit und Bedrängnis geholfen, daß wohl auf eine sehr rege Beteiligung der Gemeindeglieder an diesem Fest zu rechnen ist, um so mehr, da der Freitag ein gesetzlicher Feiertag (Peter-Pauls-Tag) ist.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börsenbericht

vom 27. Juni.

Disk.-Komm.-Anleihe	361 000.—
Danz. Priv.-Aktienbank	71 000.—
Hartmann Masch.-Akt.	—.—
Phönix	1 825 000.—
Schuckert	1 250 000.—
Hapag	960 000.—
3½% Pos. Pfandbriefe	2500.—
Auszahlung Warschau	—.—
Polnische Noten	—.—
Auszahlung Holland	60 000.—
„ London	710 000.—
„ Neuyork	153 000.—
„ Paris	10 000.—
„ Schweiz	29 000.—
Ungarische Goldrente	—.—

Kurse der Posener Börse.

	28. Juni	27. Juni
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	9000	9000—9500
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	10 000	12 000—10 500—11 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	28 000—26 000—27 000	26 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	13 000	12 000—13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2900	3000—2900
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	1800	—,—
Bank Młynarzy	1900	1900
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	9800—10 000	—,—
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	5000	—,—
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	—,—	6000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	52 000	55 000—53 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	—,—	7500
H. Cegielski I.—IX.	6800-7100-7000	7000—6500
Centrala Rolników I.—VI. Em.	4800—5000	4800—5000
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	10 000	—.—
Cukrownia Zduny I. Em.	180 000	180 000
Goplana I.—II. Em.	5000	50 000
C. Hartwig I.—V. Em.	4700—5100	5000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	24 000—25 000	25 000
Iskra I.—III. Em.	20 000	20 000
Juno I. Em.	8500	8500
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	275 000	270 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	100 000—110 000	110 000—97 000
Młyn Ziemiański I. Em.	16 000—16 500	16 000—16 500
Pneumatik	2400—2700	3000—2400
S. Pendowski I. Em.	11 000—13 000—11 500	12 000—11 500
Płótno I.—II. Em.	11 500—12 000	11 500—12 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	9500	—,—
Patria I.—VIII. Em.	8500	9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI.	45 000—57 000	50 000—49 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	—,—	8000—8500
Spółka Stolarska I.—II. Em.	35 000—40 000	32 000—34 000
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	9000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	37 000—38 000	38 000—36 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	15 000—16 000	16 000—15 500
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	45 000	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht	3000—3200	3500—3300
Wyroby Ceramiczne I. Em.	35 000	35 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	20 000	22 000—20 000

Danziger Mittagskurse vom 28. Juni.

Die polnische Mark in Danzig .... 126 (Brief)

Der Dollar in Danzig 150 000 (Geld), 154 000 (Brief)

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 29. Juni, abends 7½ Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4½ Uhr Mincha mit Vortrag.
Sabbatausgang abends 9 Uhr 20 Minuten.
Sonntag (Fasten 17. Tamus) abends 8½ Uhr. Fasten-Ausgang 9 Uhr 20 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 6¾ Uhr und abends 7½ Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag, 29. Juni, abends 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 30. Juni, vorm. 10 Uhr.

Bekanntmachung!

Die

Zuchtvieh-Versteigerung

der Herdbuchgesellschaft des schwarzbunten Niederungsrindes Großpolens findet am

Sonnabend, dem 30. Juni 1923, nachmittags 2 Uhr

in **Poznań** auf dem **Platz Drweskiego** (früh. Livonius Platz) statt. **(Straßenbahnlinie 9, Haltestelle).**

Das Vieh befindet sich ab **27. d. Mts.** auf der **Landwirtschaftlichen Ausstellung** und ist untergebracht in den Hallen auf dem Platz Drweskiego. Zur Versteigerung **gelangen ca. 60 Bullen** aus **erstklassigen Herden, Kühe** und **Färsen**, sowie **Zuchtschafe** und **Schweine**. Sämtliche Tiere sind vor der Auktion **klinisch** auf **Tuberkulose untersucht.**

Der **Katalog** ist auf dem **Auktionsplatze erhältlich.**

Wielkopolska Izba Rolnicza.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt
in ...

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juli 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....